Dienstag, 28. Februar 1933
Nr. 47 / 3. Jahrgang
BRESLAU

Preis 10 Pfg.
Reichsausgabe

SAZ Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Heut bringt die SAZ:

Was Minister sagen
Flut der Presse-Verbote
Wahl-Terror überall
Das „gefährliche" Karl-Liebknecht-Haus
Warum schmeckt das Brot schlechter?
„Von den Juden geschächtet"
Rapider Sturz der Produktion
Proteststreik in Ost-Oberschlesien

Die Kriegsfurie rast

Beginn des offenen Krieges Japans gegen China

Tokio, 25. Februar (Reuter).

WTB. Das japanische Kriegsministerium teilt mit, daß die Operationen in Jehol heute eingeleitet werden.

Abberufung des japanischen Gesandten in Peking?

Peking, 25. Februar.

Wie hier verlautet, soll der hiesige japanische Gesandte abberufen worden sein. Eine amtliche Bestätigung dieser Nachricht liegt noch nicht vor.

Militär-Kredite chinesischer Bankiers

Schanghai, 24. Februar.

Chinesische Bankiers haben der Regierung eine Anleihe von zehn Millionen Dollar für die militärischen Ausgaben zur Verfügung gegeben und sollen nötigenfalls weitere Summen zu stellen.

Einnahme von Kailu? Kämpfe bei 25 Grad Kälte

Paris, 25. Februar.

Wie Havas aus Peking berichtet, sollen die japanischen Gerüchte über die Einnahme von Kailu durch mongolische Kavallerie mit Unterstützung japanischer Infanterie durch die Tatsache ihre Bestätigung finden, daß man im chinesischen Hauptquartier seit gestern abend keinerlei Nachrichten aus Kailu mehr erhalten habe und wegen des Schicksals der dort liegenden 14 000 Freiwilligen besorgt sei. Auf chinesischer Seite rechne man mit einem japanischen Angriff auf dem Frontabschnitt Lingyuan, wo japanische Verstärkungen angekommen seien. Die Temperaturen betragen an der Nordfront 25 Grad unter Null.

Chinesische Siegesmeldung

Peking, 27. Februar. (Reuter.)

WTB. Chinesischen Meldungen von der Front zufolge sind heftige japanische Angriffe auf den Paishitsu-Paß an der Grenze von Jehol abgeschlagen worden. Nach ausgiebigem Geschützfeuer hatten japanische Reiter mehrere Angriffe unternommen, aber unter Zurücklassung zahlreicher Toter zum Rückzug gezwungen worden.

Japankrieg auch im übrigen China

London, 25. Februar.

WTB. Wie Reuter aus Tokio meldet, erklärte der Marineminister, es würden „Maßnahmen zum Schutze der in China ansässigen japanischen Staatsangehörigen getroffen" (!!). Denn es sei zu befürchten, daß die militärischen Operationen in Jehol Gewalttätigkeiten der chinesischen Bevölkerung gegen japanische Staatsangehörige hervorriefen.

*

Das militärische Kräfteverhältnis zwischen Japan und China ist derart, daß Japan mit seiner regulären, aufs modernste ausgerüsteten Armee den chinesischen Truppen weit überlegen ist. Vom rein militärischen Standpunkt aus ist daher ein schneller und sicherer Sieg Japans in diesem Krieg außer allem Zweifel. Japan wird sich zweifellos auch nicht auf militärische Aktionen in der zunächst umstrittenen Provinz Jehol beschränken, sondern auch an anderen Punkten China militärisch angreifen. Das wird schon durch die Meldung angedeutet, wonach Japan alle Maßnahmen zum Schutze der Japaner im übrigen China treffen will.

Das Gelingen des japanischen Raubzuges in China hängt jedoch viel weniger von dem militärischen Widerstand Chinas, als von einer Reihe anderer sehr wichtiger Faktoren ab. Erstens ist der Haß und die Empörung des chinesischen 400-Millionen-Volkes gegen Japan auf die Dauer eine große Gefahr für die dort operierende japanische Armee. Zweitens sind für Japan zur Führung dieses Krieges ungeheure finanzielle Opfer notwendig, die es ohne Hilfe des übrigen Weltkapitals allein nicht aufbringen kann. Es droht ihm daher der finanzielle Zusammenbruch im eigenen Land der um so bedenklicher ist, als in der aufs schwerste ausgebeuteten proletarischen und ländlichen Bevölkerung Japans ohnedies seit Jahren revolutionäre Stimmungen vorherrschen.

Entscheidend aber ist das Verhalten der Großmächte England, Frankreich und Amerika gegenüber Japan. Wie wir schon des öfteren darlegten, fehlen zwar alle Voraussetzungen für ein gemeinsames Vorgehen dieser drei Großmächte gegen Japan. An Krieg Japans gegen China die chinesischen Interessen dieser Großmächte aufs schwerste betroffen. Und wenn auch nicht ein gemeinsames Vorgehen zustandekommt, so wird doch jede einzelne Macht bestrebt sein, den Japanern etwa bei kriegerischen Vorstößen in den wirtschaftlich entscheidenden Gebieten Chinas, wie Schanghai, Tientsin, Nanking und im ganzen Yangtsetal Widerstand entgegenzusetzen.

Zurzeit wird bei den Völkerbundsstaaten sehr lebhaft die Frage einer Ausfuhrsperre für Waffen nach Ostasien bzw. für Japan im besonderen diskutiert. Aber hierbei zeigt sich sofort, daß die privaten kapitalistischen Profitinteressen in den einzelnen Ländern stärker sind als alle diplomatischen Wünsche und Versuche. Die großen Waffenfabriken in USA, Frankreich und England haben Hochkonjunktur, sie arbeiten mit verstärkter Belegschaft Tag und Nacht, hauptsächlich für japanische Waffenlieferungen. Sie wollen sich in ihrem Geschäft nicht stören lassen, daher ist eine Waffenausfuhrsperre gegen Japan sehr unwahrscheinlich.

Auf jeden Fall aber bringt der Krieg für Japan — so militärisch leicht und aussichtsreich er auch erscheinen mag — doch große Gefahren mit sich und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß dieses Kriegsabenteuer am Ende mit sehr nachteiligen Folgen für Japan ausgehen kann. Das um so mehr, als dieser Krieg auf alle Fälle eine militärische und finanzielle Schwächung Japans mit sich bringt und dadurch seine Position gegenüber der Sowjetunion in Ostasien schwächt.

Allerhand Offenherzigkeiten

Aus den Reden des gestrigen Sonntags

In Dortmund sprach

Minister Göring,

dessen Ausführungen wir folgende Sätze entnehmen:

„Ich bekenne mich zu dem, was ich anordne. Die Verantwortung trage ich allein. Als Soldat habe ich im Kriege gelernt, daß der Fehlgriff in der Wahl der Mittel nicht so schlimm ist wie die Unterlassung. Und so erkläre ich: die Schuld, die meine Beamten verüben, ist meine Schuld; wenn sie schießen, dann ist das meine Kugel gewesen.

Die größte und schwerste Aufgabe ist der Kampf gegen den Mordkommunismus. Mit der Kraft des neuen Deutschlands werde ich der Kommunisten Herr werden, so wahr ich hier stehe! Man schwätzt von zweierlei Recht. Jawohl, ich kenne zweierlei Menschen: solche, die zu ihrem Volk stehen und solche, die es vernichten wollen. **Da allerdings gibt es keine Gnade, da ist das Wort Gerechtigkeit verloren."**

*

Reichskommissar Dr. Rust

erklärte in einer Rede in Leipzig u. a.:

„Wir können dem Terror der vierzehn Jahre keine Sanftmut entgegensetzen. Es soll, das ist unser fester Wille, am nächsten Sonntag zum letzten Male in Deutschland das Lied vom deutschen Bruderkampf, die Internationale, gesungen werden. Der Marxismus muß sterben, damit Deutschland lebe!"

Der Bundesführer des Stahlhelms,

Oberstleutnant Düsterberg,

erklärte in einer Rede in Oldenburg u. a.

„In meinem Beisein hat Herr Hitler sein feierliches Ehrenwort gegeben, daß ungeachtet des kommenden Wahlausganges alle im jetzigen Kabinett tätigen Minister auch nach dem 5. März bleiben würden. Ein Zweifel an den Worten Hitlers ist unberechtigt."

*

Auf einer Kundgebung in Halle erklärte der

Naziführer, Rechtsanwalt Frank II,

„der Staatsgerichtshof werde zwar eine Entscheidung fällen, aber die Entscheidung in Deutschland sei bereits gefallen. **Die Nationalsozialisten dächten nicht daran, vor einem beschriebenen Blatt Papier zurückzuweichen."**

*

In Bremen erklärte

Vizekanzler von Papen:

„Am Ende unserer Entwicklung muß die Zertrümmerung der Parteien stehen, oder diese Epoche der deutschen Geschichte würde völlig ihren Sinn verloren haben."

*

In Potsdam führte

Reichsinnenminister Dr. Frick

u. a. aus:

„Es werde keine Rücksicht geübt werden gegen die, die Irrlehren predigten! **Bolschewismus und Marxismus müssten mit Strunk und Stiel ausgerottet werden.** Dazu wolle man die Vollmacht des Volkes. Deshalb werde erwartet, daß am nächsten Sonntag das Volk in seiner Mehrheit der Regierung das Vertrauen bekunde."

Neue Ausnahmebestimmungen gegen Kommunisten

Weimar, 26. Februar.

WTB. Die thüringische Regierung hat verfügt, daß Angehörige der kommunistischen Partei künftig nicht mehr Vorsitzende oder stellvertretende Vorsitzende Thüringer Gemeinderäte sein dürfen. Die Bürgermeister sind verpflichtet, derartige Beschlüsse zu beanstanden und entsprechende Neuwahlen vornehmen zu lassen. Kommen sie dieser Aufforderung nicht nach, so sind die Obliegenheiten des Gemeinderates in vollem Umfange den Staatsbeauftragten der Aufsichtsbehörde zu übertragen.

Hitler-Regierung leitet neuen Lohnabbau ein

Tarifkündigungen auf Befehl der Reichskommissare

Die Hitlerpartei hat in den letzten Monaten ihrer „Oppositions"-Stellung zu den Regierungen von Papen und von Schleicher ein großes Geschrei „gegen den Lohnraub der Regierung der Herrenklubbarone" gemacht. Ja, die NSDAP und ihre NSBO haben unter der Regierung Papen ihre Anhänger sogar zum Streik gegen Lohnraub aufgefordert. An vielen Stellen, besonders im Berliner Verkehrsstreik, hat die NSBO zusammen mit der RGO gestreikt. Das hat viele Proletarier zu der irrigen Auffassung verleitet, daß die Nazipartei doch eine antikapitalistische Partei wäre und daß man mit ihr zusammengehen könnte.

Jetzt ist Hitler Reichskanzler, fast alle maßgebenden NSDAP-Führer sind in verantwortlichen Regierungsstellen.

Die Hitler, Göring, Frick usw. hätten jetzt die Macht, jeden Lohnabbau zu verhindern, sie hätten die Macht, die Elendslöhne und -Gehälter aufzubessern.

Was aber tun sie in Wirklichkeit?

Einen Tag nach der Machtübernahme durch Hitler kündigten die Kohlenbarone an der Ruhr den Tarif zum 31. März. Sie fordern „Auflockerung", d. h. völlige Zerschlagung des Tarifs. Ihr Organ, die „Bergwerkszeitung", verlangt

30 bis 40 Prozent aller Gehälter und Löhne abzubauen.

Die Kohlenbarone glauben, daß ihnen unter dieser Regierung ihr unerhörter Lohnraub gelingen wird.

Nach den Scharfmachern an der Ruhr haben die Kapitalisten und Unternehmerverbände fast aller Industriegruppen ebenfalls die Tarife gekündigt, alle fordern Lohnabbau von allergrößten Ausmaß und Abbau, ja völlige Beseitigung des Urlaubs, und alle hoffen dabei auf die Hilfe der jetzigen Regierung.

Sie haben allen Grund zu dieser Hoffnung. Soweit in den letzten Wochen Schiedssprüche der doch ganz nach den Direktiven der Regierung arbeitenden Schlichter erfolgten, brachten sie, genau wie unter den bisherigen Regierungen, nur Lohnabbau sobei den sächsischen Landarbeitern, wo der ohnedies erbärmliche Lohn um 5 Prozent gekürzt wurde. Bei den Bauarbeitern in Berlin, Hamburg, Mitteldeutschland wurde durch Schiedsspruch eine Umgruppierung vorgenommen, die einen faktischen Lohnabbau bis zu 15 Prozent ergibt. — Zu alledem kommt, daß die Unternehmer, ermuntert durch den Terror gegen alle Arbeiterorganisationen, von sich aus den Lohn und vor allem den Akkord, selbstherrlich kürzen.

Nun aber kommt der Hauptschlag!

Der kommunale Arbeitgeberverband Berlin hat den am Tarifvertrag für die Angestellten der Stadtgemeinde Berlin beteiligten Gewerkschaften mitgeteilt, daß zum 31. März 1933 die Kündigung des Gehaltstarifes auf Weisung des Reichskommissars und des Oberpräsidenten erfolgt. Der Zweck der Kündigung ist eine neue Gehaltsherabsetzung der Angestellten.

Der preußische Reichskommissar verlangt, daß alle Gehälter der städtischen Angestellten denen der staatlichen Angestellten gleichgestellt werden. Dadurch werden vor allem die unteren Angestellten mit Gehältern von 100 bis 200 RM betroffen.

Ihnen soll bis zu 30 RM im Monat abgezogen werden.

Es handelt sich hier also um dieselbe Frage wie bei den BVG-Arbeitern. Damals streikten die NSBO-Arbeiter gegen diesen Lohnraub. Heute aber befehlen die nationalsozialistischen Reichskommissare der Hitlerregierung diesen Lohnabbau.

Das Reichsverkehrsministerium

hat die Löhne für das staatliche Wasserbaupersonal gekündigt und verlangt

weitere Lohnkürzungen bis zu 4 Pfg. pro Stunde. Da die Gewerkschaften dieses abgelehnt haben, hat das Reichsverkehrsministerium den Schlichter angerufen. Die Verhandlungen sollen am 27. und 28. d. Mts. stattfinden.

Es muß dazu bemerkt werden, daß die Löhne des Wasserbaupersonals besonders niedrig sind.

Der „Deutsche" schreibt dazu, daß sich die christliche Wasserbaugewerkschaft wegen der außerordentlichen Notlage dieser Arbeiter schriftlich an den Herrn Reichskanzler Hitler gewandt hat, damit diese unerträglichen Lohnkürzungen, die das Verkehrsministerium angekündigt hat, unterbleiben. Eine Entscheidung des Reichskanzlers ist bisher bei der Gewerkschaft noch nicht eingegangen.

Das also ist die Lohnpolitik der jetzigen Regierung. Was sagen dazu die NSBO-Arbeiter?

Die ganze Arbeiterschaft, besonders aber auch die Angestellten und unteren Beamten, können daraus die notwendigen Schlußfolgerungen selbst ziehen. Sie müssen dagegen mit allen ihnen zustehenden Mitteln kämpfen. Und auch am 5. März kann auf Grund dieser Tatsachen ihre Losung nur sein:

Keine Stimme den faschistischen Parteien! wählt proletarisch!

Näheres über die Hilfs-Polizei

In Ergänzung der allgemeinen von uns bereits veröffentlichten Richtlinien des Ministers Göring über die einzurichtende Hilfspolizei wird weiter mitgeteilt, daß die in Frage kommenden Hilfspolizisten nicht in ein dauerndes Dienstverhältnis zur Polizei treten, sondern eine tägliche Aufwandsentschädigung von 3 RM. erhalten sollen. Die Bewaffnung der Hilfspolizisten wird mit Gummiknüppeln und Pistolen erfolgen, die nach Beendigung des Dienstes abgegeben werden müssen. Die Verpflichtung der Hilfspolizisten erfolgt durch Handschlag. Gegen Beschädigungen im Dienst werden sie besonders versichert werden. Die Hilfspolizei wird unter Leitung regulärer Polizeioffiziere stehen. Für eine ordnungsgemäße Ausbildung der in Frage kommenden Hilfspolizisten für den Bedarfsfall wird laufend vorbereitend Sorge getragen werden.

Hamburg, 26. Februar.

Bei der Polizei in Harburg-Wilhelmsburg ist von einer Einstellungsmöglichkeit von Mitgliedern der Rechtsverbände in besonders großem Stil bereits Gebrauch gemacht worden. Unter klingendem Spiel marschierte eine SA-Abteilung von zweihundert Mann in die Kaserne, wo damit begonnen worden ist, die Mannschaften im Wach- und Polizeidienst auszubilden.

Polizei mit Hakenkreuzbinden

Der Reichskommissar für das Preußische Innenministerium, Göring, hat die Bestimmung, wonach Polizeibeamten die Teilnahme an politischen Kundgebungen in Uniform untersagt ist, insofern umgeändert, als die „Kundgebungen der nationalen Parteien und Verbände" ausgenommen sind. Es ist der Berliner Polizeibeamtenschaft nahegelegt worden, an Kundgebungen der Nationalsozialisten teilzunehmen. Beamte der Schutzpolizei erhalten für den Fall der Teilnahme dienstfrei und werden mit Hakenkreuz-Armbinden versehen.

Berlin, 26. Februar.

CNB. Bei einem Aufmarsch der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen des Gaues Groß-Berlin im Lustgarten marschierten etwa 1200 Schutzpolizisten in Uniform mit der Hakenkreuzbinde am Arm hinter ihrer Gruppenfahne.

„Jungprolet" beschlagnahmt!

Der Berliner Polizeipräsident hat an den Verlag „Der Jungprolet" folgendes Schreiben gerichtet:

„Der Polizeipräsident in Berlin
Landeskriminalpolizeiamt 1.

An den
Verlag „Der Jungprolet"
Berlin C 2
Klosterstr. 62.

Die kommunistische Druckschrift „Jungprolet", Zeitschrift der werktätigen Jugend, Nr. 2, 2. Jahrgang, Verantw. Willi Kreßmann, Druck Sackmann Berlin, Friedrichshagen, habe ich gemäß § 7 der Verordnung vom 4. 2. 33, in Verbindung mit § 2 der Preußischen Ausführungsverordnung v. 6. 2. 33 für das Gebiet des Freistaates Preußen polizeilich beschlagnahmt und eingezogen, weil der Inhalt geeignet ist, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden.

Im Auftrage
gez. Bolz."

Der „Jungprolet" ist nicht, wie das Berliner Polizeipräsidium anzunehmen scheint, ein KPD-Organ, sondern die Monatszeitung des Sozialistischen Jugendverbandes. Die Beschlagnahme zeigt allen Arbeitern, welcher große Wert dieser für unseren politischen Kampf wichtigen Zeitung zukommt.

Flut der Presse-Verbote

Die „Rote Fahne", das Zentralorgan der KPD, ist am gestrigen Sonntag nach Ablauf des letzten Verbotes erstmalig wieder erschienen. **Noch am gleichen Tage hat der Berliner Polizeipräsident das Blatt erneut auf sieben Wochen, bis zum 15. April, verboten.**

Das sozialdemokratische „Oberschlesische Volksblatt" (Oppeln) wurde auf 3 Tage verboten, desgleichen die sozialdemokratische „Volkszeitung" in Liegnitz.

Das in Hirschberg erscheinende Blatt „Der Rote Funken" und ein gleichlautendes, in Glogau erscheinendes Blatt werden für 3 Monate verboten.

Die kommunistische „Arbeiter-Zeitung" in Bremen wurde auf 6 Tage verboten.

Die kommunistische „Süddeutsche Arbeiter-Zeitung (Stuttgart) wurde auf 4 Tage verboten.

Die kommunistische Wochenschrift „Illustriertes Echo des Westens" (Essen) wurde bis 31. März verboten.

Auf Ersuchen des Reichsinnenministers hat das Württembergische Innenministerium das Wochenblatt „Christlicher Volksdienst" auf 3 Wochen verboten.

Auf Ersuchen des Reichsinnenministers hat das Bayrische Innenministerium das katholische „Bamberger Volksblatt", das Organ des Prälaten Leicht, auf 4 Tage verboten, ferner die sozialdemokratische „Münchener Post", den „Alt-Oettinger Liebfrauenbote", das Blatt „Der fränkische Bauer" und die Wochenschrift „Der Arbeiter".

Die illustrierte Rundfunkzeitschrift „Arbeitersender" wurde auf 4 Wochen verboten.

Auf je 8 Tage verboten wurden die sozialdemokratischen Zeitungen in Saalfeld, Greiz und Zeitz, auf zwei Wochen das kommunistische „Thüringer Volksblatt" in Erfurt.

Beschlagnahmt wurden neuerdings: die letzte Nummer der Zeitung „Das Reichsbanner", der sozialdemokratische „Volkswille", Hannover, 25 000 Exemplare der neuesten Nummer der Zeitschrift „Roter Pfeffer" und eine Sondernummer der „Westfälischen Allgemeinen Volkszeitung".

Überall blutige Zusammenstöße

Neisse, 25. Februar.

Am Freitag Abend streckten mehrere uniformierte Nationalsozialisten den Reichsbannermann Georg Arbeiter durch einen tödlichen Schlägerschußnieder. Als die Begleiter des Erschossenen den Täter festhalten wollten, erhielt einer von ihnen einen Stich in die Brust. Die Nazis schossen wild um sich und entkamen. Wie bekannt wird, suchten die gleichen SA-Leute nach Verübung des Mordes noch mehrere Bürger auf der Straße nach Waffen ab.

Leipzig, 25. Februar.

Vor Beginn der SPD-Wahlkundgebung am Freitag Abend kam es in der Berliner Straße zu einem Zusammenstoß zwischen Versammlungsteilnehmern und Nationalsozialisten. Zwei Personen trugen Schußverletzungen, 4 andere Schlagverletzungen davon.

Darmstadt, 26. Februar.

In Lindenfels versuchten Nationalsozialisten anläßlich einer Demonstration Fahnen der Kommunisten zu reißen. In der sich daraufhin entspinnenden Schlägerei wurden zwei Mitglieder der Hitlerjugend und ein Angehöriger der Eisernen Front verletzt.

Rostock, 25. Februar.

In dieser Nacht wurde in der Langen Straße ein 38 Jahre alter Reichsbannermann durch einen Schuß der Nazis schwer verletzt. Als die Polizeistreife eintraf, waren die Angreifer verschwunden.

Wuppertal, 26. Februar.

Wie WTB meldet, sollen Nationalsozialisten nach der Rückkehr von einem Umzug aus Häusern beschossen worden sein. Die Polizei erwiderte das Feuer, tötete zwei Personen, ferner wurden eine schwer und vier leicht verletzt.

Hamburg, 26. Februar.

Bei Demonstrationen der Eisernen Front und der Nationalsozialisten kam es an mehreren Stellen der Stadt zu schwerwiegenden Zusammenstößen. Sechs Personen wurden erheblich und elf Personen leicht verletzt. Nach der CNB-Meldung sollen die Verletzten zum großen Teil SA-Leute sein. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

Berlin, 26. Februar.

In der Cuvrystraße wurde bei einer schweren Schießerei zwischen politischen Gegnern ein Passant durch einen Lungenschuß schwer verletzt. Zwei SA-Leute erlitten leichte Verletzungen. Wie ein Bericht von Augenzeugen besagt, sollen SA-Leute von einem Lastauto geschossen haben.

Flensburg, 26. Februar.

In Harrisleefeld bei Flensburg wurde bei einem Zusammenstoß zwischen Angehörigen des Reichsbanners und der SA ein Reichsbannermann erschossen.

Das „gefährliche" Karl-Liebknecht-Haus

Berlin, 25. Februar.

CNB. Die Politische Polizei hat ihre Arbeit unter ihrem neuen Leiter Oberregierungsrat Diels mit aller Energie aufgenommen und bereits am zweiten Tage große Erfolge zu verzeichnen.

Im Karl-Liebknecht-Haus, dem Zentralhause der KPD, das seit zwei Tagen polizeilich geschlossen ist, wurden zahlreiche unterirdische Gewölbe mit großen Mengen hochverräterischen Materials gefunden, ferner wurde ein unterirdischer Gang aufgedeckt, durch den bei allen Durchsuchungen von der Polizei gesuchte Personen verschwanden. Die Katakomben und der unterirdische Gang waren bisher der Polizei bei allen Durchsuchungen entgangen.

Das Ergebnis der Durchsuchung des Karl-Liebknecht-Hauses ist als sensationell zu bezeichnen. Es hat sich gezeigt, daß die KPD und ihre Unterverbände ein zweites illegales Dasein unter der Oberfläche führten und eine außerordentlich rege Agitationstätigkeit entfalteten, deren Quelle der Polizei geheim blieb.

Die mit großem Aufgebot an Kriminalbeamten jetzt vorgenommenen Durchsuchungen brachten des Rätsels Lösung. Man entdeckte im sogenannten Wachraum, in dem eine kommunistische Wache lag, unter den Schlafpritschen der Wache eine Falltür, durch die man über eine Leiter in einen Kellerraum kam. Von diesem Kellerraum aus geht ein Labyrinth von Gängen nach allen Richtungen. Ferner schließt sich ein unterirdischer Gang zur Bartelstraße an, der dort in einem Hause endet und das unbemerkte Betreten und Verlassen des Karl-Liebknecht-Hauses ermöglichte. In den unterirdischen Räumen liegen viele hundert Zentner hochverräterischen Materials, das auf den Druckmaschinen im Karl-Liebknecht-Haus gedruckt worden sein dürfte. In den Druckschriften wird zum bewaffneten Umsturz, zur blutigen Revolution aufgerufen. Schriften über die russische Revolution dienen zur Anlernung und Ausbildung der kommunistischen Staffelführer. Es wird gezeigt, wie zunächst bei Ausbruch einer Revolution überall angesehene Bürger festgenommen und erschossen werden sollen (? Die Red.).

Interessant ist, daß im ganzen Karl-Liebknecht-Haus ein raffiniertes Alarmsystem besteht, durch das bei jeder Durchsuchung sofort alle im Hause befindlichen Personen gewarnt wurden.

Die Besetzung des Karl-Liebknecht-Hauses wird noch längere Zeit andauern. Es wird kein Raum und kein Schriftstück ohne eingehende Durchsuchung und Prüfung bleiben. Dazu ist eine Arbeit von Wochen nötig.

*

Wir brauchen wohl nicht besonders zu betonen, daß dieser Bericht von der Seite stammt, die an der „Rechtfertigung" der Maßnahmen gegen die KPD interessiert ist. Dementsprechend ist er zu bewerten. Unsere politische Einstellung zur Besetzung des K-L-Hauses haben wir bereits in der vorigen Nummer der SAZ dargelegt.

Kommunistenverfolgung in Südamerika

Santiago de Chile, 26. Februar.

WTB. Wie verlautet, hat die Polizei eine weitverzweigte kommunistische Verschwörung, die ihren Hauptstützpunkt in Montevideo hatte, aufgedeckt. Die Bewegung habe binnen kurzem in mehreren Städten Chiles zur Tat übergehen wollen. Ihre Fäden erstreckten sich über ganz Südamerika.

Aufgelöst!

Berlin, 26. Februar.

Die am Sonntag vormittag vom Sozialistischen Kulturbund in der Neuen Welt veranstaltete Kundgebung „Für Freiheit, Volk und Sozialismus" wurde bei der Ansprache des Reichstagsabgeordneten Stampfer von dem Polizeioffizier für aufgelöst erklärt. Stampfer wurde von mehreren Beamten in die benachbarte Polizeiwache abgeführt, wo man seine Personalien feststellte und ihn nach einer halben Stunde wieder entließ.

Die Kundgebung, die sehr gut besucht war, wurde von dem preußischen Kultusminister Adolf Grimme eröffnet. Er erinnerte, daß diese Kundgebung bereits vor acht Tagen stattfinden sollte, durch polizeiliche Maßnahmen aber im letzten Augenblick unterbunden worden wäre.

Grimme verlas dann ein Schreiben des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in dem dieser seine Verbundenheit mit allen sozialistischen Organisationen gegen jede Kulturreaktion zum Ausdruck bringt.

Als die Versammlung aufgelöst wurde, sang die Menge „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit". Die Räumung des Saales vollzog sich ohne Störung.

*

Berlin, 26. Februar

Eine große Versammlung des Volksbildungskartells, die Sonntag vormittag im Saalbau am Friedrichshain stattfand, ist von der Polizei aufgelöst worden. An der Versammlung nahmen der Berliner Arbeiterchor und ein Erwerbslosenchorteil, Helene Weigel rezitierte. Dann folgte ein Referat von Franz Leschnitzer, der für den Bund revolutionärer Geistesarbeiter sprach. Als er dabei von der „Sklavensprache" redete, erblickte darin der diensthabende Beamte eine versteckte böswillige Verächtlichmachung der Behörde und löste die Versammlung auf. Außerdem wurde Leschnitzer festgenommen, im Laufe des Sonntagnachmittag dann jedoch wieder aus dem Polizeigewahrsam entlassen.

Die gefürchtete Einheitsfront

Köln, 26. Februar.

WTB. Die Regierungspressestelle teilt mit:

„Bestimmte Anzeichen deuten darauf hin, daß die KPD an Kundgebungen der Eisernen Front und der SPD teilzunehmen beabsichtigt, um dadurch das KPD-Umzugsverbot zu umgehen. Der Minister des Innern hat aus diesem Grunde angeordnet, Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge der Eisernen Front, der SPD und sonstiger dieser nahestehenden Organisationen bei Gefahr der Beteiligung von Kommunisten zu verbieten."

Kennzeichnung der SA verboten

Dortmund, 26. Februar.

CNB. Auf einer Massenkundgebung Sozialdemokraten sprach am Sonntag der frühere Reichsinnenminister Sollmann. Der Redner erklärte, er gestehe Adolf Hitler den redlichen Willen zu (!) aber die Zusammensetzung des Kabinetts sei derartig, daß man von ihm keine sozialen Taten erwarten könne. . . . . Als der Redner weiter sagte, Hitler wolle den Marxismus in einem 10-Jahresplan vernichten und die Sozialdemokraten würden 1943 Hitler an dieses Wort erinnern, falls dann seine Adresse in Deutschland noch zu ermitteln sein sollte, erteilte ihm der überwachende Polizeioffizier eine Verwarnung. Im weiteren Verlauf seiner Rede wandte sich Sollmann gegen die Bezeichnung sozialistisch bei den Nationalsozialisten und behauptete, die SA sei eine Schutzgarde des Kapitalismus. **Daraufhin wurde ihm das Wort entzogen.**

Redeverbot gegen Hilferding

Wuppertal, 25. Februar.

Von der politischen Abteilung des Wuppertaler Polizeipräsidiums wurde der SPD im Hinblick auf eine Barmer Erwerbslosenkundgebung, in der Dr. Hilferding sprechen sollte, eröffnet, daß ein Redeverbot gegen Hilferding bestehe.

Nazi-Gauführer droht mit Bartholomäus-Nacht

Dresden, 25. Februar.

In einer Wahlversammlung in Glauchau hielt der Leiter des Gaues Sachsen der NSDAP., Reichstagsabgeordneter Mutschmann, eine Rede, in der er nach den übereinstimmenden Berichten der bürgerlichen Glauchauer Presse mit der Bartholomäusnacht drohte. Nach der „Glauchauer Zeitung" warnt Mutschmann vor falscher Sentimentalität im Endkampf und betonte mehrfach, daß es ohne eine Bartholomäusnacht nicht abgehen werde. Das Glauchauer Tageblatt berichtet hierüber: Gauleiter Mutschmann rief in diesem Zusammenhang mit erhobener Stimme: „Ohne Bartholomäusnacht wird es dabei nicht abgehen. Die Nationalsozialisten werden die Augen aufbehalten. Sentimentalität darf es nicht geben." (In der „Bartholomäusnacht", am 24. 8. 1572 wurden in Paris die Hugenotten — Protestanten — niedergemetzelt. Seitdem gilt die Bartholomäusnacht als Symbol für organisierten Massenmord an politischen Gegnern. Die Red.).

Die Wahlfreiheit

Eiserne Front-Versammlungen in Breslau aufgelöst — Aufmarsch-Kundgebung verboten — Rede-Verbot gegen Kuttner

Gestern wurden in Breslau zwei Kundgebungen der „Eisernen Front" aufgelöst. Bürgerliche Zeitungen melden:

„Die Eiserne Front hatte am Sonntag im Zirkus Busch und im Gewerkschaftshaus zwei Wahlkundgebungen veranstaltet, in denen der Landtagsabgeordnete Kuttner sprechen sollte. Der Aufmarsch, der sich an die Kundgebungen anschließen sollte, war vom neuen Vize-Polizeipräsidenten verboten worden.

Im Zirkus Busch sprach nach einleitenden Worten des R.-B.-Kameraden Herrmann Landtagsabgeordneter Kuttner. Er wandte sich gegen die NSDAP und die Polizeierlasse des kommissarischen Ministers Goering. Als er an die Worte Hitlers:

„Wir wollen nicht lügen und wollen nicht schwindeln"

eine Kritik der Reichsregierung anschloß, wurde er von dem überwachenden Polizeioffizier verwarnt. Es entstand eine Unruhe in der Versammlung, die dem Offizier Veranlassung gab, die Versammlung aufzulösen.

Unter dem Absingen von Kampfliedern und ständigen Freiheitsrufen begab sich die Menge nach dem Gewerkschaftshaus, um der dortigen Kundgebung beizuwohnen. Kuttner fuhr mit einem Kraftwagen gleichfalls in das Gewerkschaftshaus, um dort zu sprechen. Als die Versammlungsbesucher des Zirkus Busch am Gewerkschaftshaus angekommen waren, erfuhren sie, daß diese Versammlung gleichfalls aufgelöst war. Dort hatte nach einer Rede des Kameraden Kukielczynski Kuttner, der von der Versammlung im Zirkus Busch gekommen war, das Wort ergriffen, wurde aber nach wenigen Sätzen darauf aufmerksam gemacht, daß gegen ihn inzwischen ein Redeverbot erlassen worden ist. Als Redakteur Zimmer dann weiter sprach, wurde aus der Menge ein Zwischenruf laut, der auch die Auflösung dieser Versammlung erwirkte.

Im Verlaufe der Versammlungen war übrigens bekanntgegeben worden, daß die in Schweidnitz kürzlich verhafteten Teilnehmer von einem gewerkschaftlichen Schulungskursus freigelassen worden sind."

Der amtliche Bericht

Auf Veranlassung des Regierungspräsidenten teilt die Polizei über die Auflösung der beiden SPD-Versammlungen sowie über die Zusammenstöße am Sonntag in Breslau folgendes mit:

„Am 26. 2., 10,30 Uhr, hielt die Eiserne Front im Zirkus Busch und im Gewerkschaftshaus je eine Versammlung ab. Die Versammlung im Zirkus Busch wurde gegen 11,15 Uhr von dem Beauftragten der Polizei aufgelöst, weil der Redner in seinen Ausführungen fortgesetzt die Regierung und leitende Beamte verächtlich machte. Auch die Versammlung im Gewerkschaftshaus wurde aufgelöst, weil beleidigende Zwischenrufe aus der Versammlung, die sich gegen die Regierung, den Minister Goering und die Polizei richteten, von dem Versammlungsleiter nicht gerügt wurden.

Gegen 12 Uhr kam es an der Freiheitsbrücke zu einem Zusammenstoß zwischen Angehörigen der NSDAP und des Reichsbanners, wobei ein Angehöriger der NSDAP durch einen Messerstich verletzt wurde. Der Verletzte wurde dem St. Josephs-Krankenhaus zugeführt."

Zwei Reichsbannerkameraden von den Nazis erschossen

Neisse, 25. Februar.

Wie die Regierungspressestelle mitteilt, wurden am 24. Februar gegen 23 Uhr auf Reichsbannerleute drei Schüsse abgegeben. Durch einen dieser Schüsse wurde der Arbeiter Georg Arbeiter, 18 Jahre alt, der sich unter den Reichsbannerleuten befand, tödlich verletzt. Er starb heute morgen um 5,45 Uhr im Krankenhaus. Wer die Schüsse abgegeben hat, konnte bisher nicht festgestellt werden. Die Ermittlungen sind eingeleitet.

Ein neuer Naziüberfall

Ein Augenzeuge meldete sich bei uns im Büro und berichtete: „Vor dem Hause 19 der Vinzenzstraße wurde in der Nacht der KPD-Genosse G., als er sich mit seiner Frau auf dem Nachhauseweg befand, von ca. 50 Nationalsozialisten, die teilweise in Uniform waren, überfallen.

Auf die Hilferufe des Arbeiters hin eilten die Nachbarn an die Fenster ihrer Wohnungen, um nachzusehen, was auf der Straße los sei. Sie mußten aber die Fenster schleunigst schließen, denn von unten erscholl im Chor der Ruf

„Fenster zu, es wird geschossen!"

Von Polizei war nichts zu sehen. . . aber, wir Proleten begreifen ja die Zusammenhänge."

Fehlanzeige also!

Breslau, 27. Februar.

Das Wolff-Büro meldet: „Die am Mittwoch voriger Woche unter dem Verdacht des Hochverrats in Kaltenbrunn verhafteten 20 Teilnehmer des Arbeitslosen-Lehrkursus der SPD und der Freien Gewerkschaften, sowie ihr Lehrer Dr. Stammer aus Breslau und der sozialdemokratische Bezirksparteisekretär Stadtrat Willi Hoppe sind, wie die Justizpressestelle mitteilt, am Sonnabend aus der Haft entlassen worden, da dringender Tatverdacht nicht vorliegt. Das Verfahren geht weiter."

KPD-Flugblätter beschlagnahmt

Ohlau, 26. Februar.

Auf dem hiesigen Bahnhof beschlagnahmte die Polizei über 5000 Flugblätter der KPD, die einen hetzerischen Inhalt hatten.

Patschowsky

stellvertretender Polizeipräsident von Breslau

Die „Schlesische Zeitung" vom Sonnabend-Abend meldet:

„Die Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht hat am Sonnabend-Vormittag vom preußischen Justizministerium auf telephonischem Wege die amtliche Mitteilung erhalten, daß Staatsanwalt Dr. Günther Patschowsky mit dem heutigen Tage von den Dienstgeschäften in der Justiz entbunden und zum Vertreter des Polizeipräsidenten von Breslau ernannt worden ist. Dr. Patschowsky gehört der NSDAP an. Der bisherige Inhaber der Stelle ist Oberregierungsrat Friedendorff."

Die Breslauer Arbeiterschaft kennt den Namen Patschowsky nur zu gut.

Der braune Terror wütet!

Überfälle auf die Demonstration der „Eisernen Front" Nazis stehlen Fahnen und provozieren — Arbeiter werden verhaftet — Die „Hilfspolizei" in Tätigkeit

(Eigenbericht der „SAZ")

Liegnitz, 26. Februar.

„Nichts gelernt", das konnte man mit Recht behaupten, als die SPD und „Eiserne Front" zu einer Wahldemonstration für Sonntag aufrief. Trotz der ungeheuer verschärften Situation und trotz des von uns immer wieder gemachten Angebotes, eine gemeinsame Demonstration zu veranstalten, glaubte die [illegible] „Recht und Freiheit" werben zu müssen. Nun — über „Recht und Freiheit" durften sie Anschauungsunterricht genießen.

Am Stellplatz erschien plötzlich ein Auto mit Nazis besetzt. Allem Anschein nach handelt es sich hier um die Hilfspolizei, von der Liegnitz 200 Mann erhält. Der Führer des Autos meldete sich bei einem Polizeibeamten und dieser wies ihm die Fahrtrichtung mitten durch den sich ansteilenden Zug hindurch an. Die Protestrufe der Proleten wurden von dem gummiknüppelschwingenden Führer mit einem

„Haltet die Schnauzen!"

beantwortet.

An allen Ecken standen dann Nazis (Nicht-Hilfspolizei) und provozierten immer wieder unter den Augen der Polizei. Am Ring wurde dann plötzlich das Reichsbanner, das den Schluß des Zuges bildete, von einem Trupp Nazis angegriffen. Einem Fahnenträger wurde die Fahne zu entreißen versucht. Als sich die Arbeiter zur Wehr setzten, wurden sie von der Polizei abgedrängt. Die Angreifer blieben ungeschoren. Die Schlägereien setzten sich fort. Arbeiter wurden verletzt und dann von der Polizei abgeführt.

Wer nun glaubte, daß der Redner der Eisernen Front in seiner Schlußrede auf die Notwendigkeiten, die sich für die Arbeiterschaft ergeben, eingehen würde, hatte sich schwer getäuscht. „Wählt am 5. März Liste 2", das war der Sinn seiner Rede.

Am Ring trat dann die „Hilfspolizei" nochmals in Funktion. Als die Zugteilnehmer nach Hause gingen, war am Ring ein Trupp Nazis angetreten mit den Schulterriemen in den Händen. Der Führer, mit einer schweren Peitsche bewaffnet, forderte, am Rande des Bürgersteiges stehend, die Arbeiter auf, „schleunigst nach Hause zu gehen".

Diese Vorfälle sind ein sichtbares Zeichen für die weitere Verschärfung der Lage in Deutschland, Polizei und Nazis Arm in Arm. Unterdrückung der Meinung der Arbeiterschaft.

In dieser Situation Rettung von den Wahlen zu erwarten, ist Wahnsinn. Helfen kann nur . . . . . .

SAP Liegnitz mit eigener Liste zur Kommunalwahl

(Eigenbericht der „SAZ")

Liegnitz, 26. Februar.

In unserer letzten Mitgliederversammlung referierte Genosse Zelt über die Stellung der SAP zu den kommenden Wahlen.

Zu den Gemeindewahlen haben wir den Vorschlag einer Arbeiterliste gemacht.

Die KPD hat unser Angebot abgelehnt. Die SPD begründet ihre Ablehnung mit der Bemerkung, daß die KPD sowieso nicht mitmacht.

Der Vorstand schlägt daher die Aufstellung einer eigenen Liste vor, welche von Genossen geführt werden muß, welche in den Massenorganisationen eine Vertrauensbasis besitzen. Nach einer längeren Aussprache, in welcher das Für und Wider eingehend erörtert wurde, beschlossen wir mit großer Mehrheit die Aufstellung einer eigenen Liste. Folgende Kandidatenliste wurde einstimmig angenommen:

1. **Fritz Zelt, Metallarbeiter**
2. **Otto Hentschel, Arbeiter**
3. **Herbert Hartmann, Maschinensetzer**
4. **Paul Droschiok, Tischler**
5. **Robert Brand, Tischler**
6. **Wilhelm Maidorn, Hausdiener**

Genosse Zelt wies dann auf den proletarischen Volksentscheid hin und forderte auf, überall die Listen vorzulegen. Jetzt gilt es, bis zum 12. März unermüdlich zu werben und unsere Kraft einzusetzen für den Sieg der Liste der SAP. Mit einem „Kampfbereit" wurde die Versammlung geschlossen.

Aus dem Gemeinde-Wahlkampf in Oels

KPD-Bezirksleitung sabotiert Einheitsliste

Seit Hitler die Macht ergriffen hat, war es das besondere Bestreben unserer Oelser Genossen, so schnell als möglich eine gemeinsame Kampffront des Oelser Proletariats zu schaffen. Nach langwierigen Besprechungen war es dann auch gelungen, unter den Arbeiterparteien in Oels einen Burgfrieden zu schließen.

Zu gemeinsamen Demonstrationen oder Kundgebungen ist es aber leider infolge der zögernden Haltung der Leitung der „Eisernen Front" noch nicht gekommen. Die Verbotsmaschinerie der jetzigen Machthaber dürfte auch für die Zukunft eine Kundgebung dieser Art unmöglich machen.

Immerhin schien durch den Abschluß des „Burgfriedens" die Grundlage geschaffen zu sein, von der aus man zu einer Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen bei den kommenden Kommunalwahlen hätte kommen müssen. Wenn es nach dem Willen unserer Genossen gegangen wäre, dann würde die Oelser Arbeiterschaft bei der kommenden Stadtverordnetenwahl mit einer einzigen, gemeinsamen Liste aufmarschieren. Das wäre eine Demonstration, die den Nazis und dem Bürgertum gewiß in alle Glieder fahren würde. Die SPD hatte ein derartiges Anerbieten für die Stadt gleich von weitem abgewinkt. So kam man mit den kommunistischen Genossen überein, eine gemeinsame Liste zur Stadtverordnetenwahl aufzustellen. Nach kurzen Besprechungen war man sich über die Kandidaten und deren Reihenfolge einig. Freudige Zustimmung hörte man darob bei allen SAP-, KPD- und allen anderen revolutionären Arbeitern. — Aber eine heilige Parteibürokratie wollte es anders.

Die kommunistischen Genossen fanden es für notwendig, die zustandegekommene Einheitsliste ihrer Bezirksleitung zur „Genehmigung" vorzulegen; und da war es aus mit der „Einheitsfront von unten". Als die ersten Anweisungen der BL nicht so recht fruchten wollten, schickte man einfach die Landtagsabgeordnete Genossin Franz von der Bezirksleitung her.

Nun wurde einfach „befohlen", daß nur Mitglieder der KPD auf der Liste zu stehen haben.

Alle anderen mußten verschwinden. So vor allem der Genosse Stoffel, der jetzt nur Mitglied der „Roten Hilfe" und nicht Mitglied der Partei ist. Als dieser protestierte und sich einige KPD-Genossen mit ihm solidarisch erklärten, wurden diese aus der Partei für ausgeschlossen erklärt. Das Ende vom Liede war, die Ortsgruppenleitung der KPD, deren Mitglieder vorher erklärt hatten, die zustande gekommene Einheitsliste auf jeden Fall zu halten und lieber mit ihrer Bezirksleitung einen „Boxkampf zu führen", kuschten.

Unsere Genossen waren nun vor eine ganz neue Situation gestellt.

Eine sofort einberufene Funktionärsitzung unserer Ortsgruppe beschloß einmütig: Die SAP muß jetzt zur Stadtverordnetenwahl mit eigener Liste kandidieren. Zur Kreistagswahl empfehlen wir unsern Anhängern proletarisch zu wählen. (Eine zur Kreistagswahl aufgestellte gemeinsame Liste hatte dasselbe Schicksal, wie die zur Gemeindewahl.) Schnell war die „eigene Liste" aufgestellt und auch die erforderlichen Unterschriften beschafft, so daß sie noch rechtzeitig eingereicht werden konnte. Unsere Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl sind:

1. Welz, Richard, Vormaler,
2. Hoffmann, Paul, Vorkesselschmied,
3. Knobloch, Hermann, Vorschlosser,
4. Redmer, Herbert, Schriftsetzer,
5. Lange, Bruno, Schlosser,
6. Siebenhaar, Karl, Vorschlosser,
7. Zagermann, Friedrich, Rentenempfänger,
8. Vogt, Berta, Ehefrau,
9. Liedke, Hermann, Buchdrucker.

Die KPD kandidiert nun ebenfalls mit eigener Liste. Das Bedauerliche dabei ist, was unsere Genossen gerade verhindern wollten, daß dem gesamten Bürgertum mit seinen vier Listen, drei Arbeiterlisten gegenüberstehen müssen, zur Freude aller Gegner der Arbeiterbewegung. Das Verhalten der KPD-Bezirksleitung hat jedenfalls wieder einmal bewiesen, daß die Saboteure der proletarischen Einheitsfront nicht nur bei der SPD zu suchen sind. Das muß wieder einmal allen Mitgliedern und Anhängern der KPD in aller Sachlichkeit, aber auch sehr eindringlich gesagt werden.

Genossinnen und Genossen! Wir wissen alle, daß die beste Waffe im Kampfe um die Einheitsfront des Proletariats eine starke SAP ist. Nützt deshalb die Gelegenheit der Stadtverordnetenwahl und werbt unermüdlich für die Liste der SAP. Die Kandidaten, die darauf stehen, sind euch allen nicht unbekannt. Jeder einzige von ihnen hat sich schon die Sporen in der Arbeiterbewegung verdient. Darum ans Werk! Kampfbereit!

Ein Erfolg des Apparates

Gestern fanden in Breslau die Urwahlen zur Delegierten-Versammlung des DFV, Ortsgruppe Breslau, statt.

Die Liste 1 (Verbandsbürokratie) erhielt 3500 Stimmen.

Die Liste 2 (Opposition) erhielt 2022 Stimmen.

Kein großer Sieg von Pietsch u. Co., aber immerhin ein Erfolg, der nur dadurch erfochten werden konnte, daß die Verbandsbürokratie mit geradezu bemerkenswerter Intensität (im Kulturpolitischen Kampf bringt sie nicht eine solche Intensität auf!) den Organisationsapparat für sich und für ihre Liste in Bewegung gesetzt hat.

Man denke nur an den sogenannten Geschäftsbericht, der eine einzige Fraktionsschrift der Herren Pietsch, Wagner, Minnietz usw. war.

Der gestrige Sieg wurde mit Hilfe der unpolitischen „Bestattungskassenmitglieder" erfochten.

Uns, der Opposition, kam es nicht darauf an, irgendwelche Posten zu erobern, sondern uns kam es bei dieser Wahl, wie bei allen anderen, darauf an, die Frage der Massenmobilisierung zu stellen.

In wenigen Wochen wird über Sein oder Nichtsein des Deutschen Freidenker-Verbandes entschieden werden. In wenigen Wochen wird alles von der Aktivität der Mitgliedschaft und besonders der Verbandsleitung abhängen. Für uns heißt es deshalb mehr denn je: es wird weitergekämpft! Die Massen des Deutschen Freidenker-Verbandes müssen von den politischen Notwendigkeiten des Tages überzeugt werden. Wir sind und bleiben kampfbereit!

Achtung! Heute Gartenstr. 21

Heute, Montag, 20 Uhr, wichtige Sitzung des erweiterten Parteivorstandes, Gartenstr. 21.

Zwei gute Veranstaltungen

Die gestrigen Morgenfeiern der PKG im Kristallpalast und Zentraltheater waren ein voller Erfolg. Obwohl die Ansprache des Genossen Eckstein aus polizeilichen Gründen in Fortfall kam, rollte das Programm lückenlos ab. Die Spieltruppe der PKG verstand es, ein längeres Programm lebendig zu gestalten. Der Film „Menschen hinter Gittern" schloß trotz seiner gerade für uns deutlichen Problematik die Morgenfeier wirkungsvoll ab.

Wiederaufleben der Grippe

Neisse, 26. Februar.

Die Grippeepidemie, obgleich sie in manchen Gegenden schon im Sinken begriffen ist, hat in Neiße ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Sie wird durch Hinzutreten von Komplikationen, wie Lungenentzündung, verschlimmert. So mußten auf Anordnung des Kreisarztes die Handelsschule, die höhere Handelsschule und das Lyzeum auf die Dauer von einer Woche geschlossen werden, da 30 Prozent der Schüler dem Unterricht ferngeblieben waren, während bei den Volksschulen 800 bis 1000 Grippeerkrankungen festgestellt wurden. Von einer Schließung der beiden Gymnasien wurde noch Abstand genommen.

21 000 Mark unterschlagen

Habelschwerdt, 26. Februar.

Der bei der Spar- und Darlehnskasse in Grafenort seit 30 Jahren beschäftigte 55 Jahre alte Kassenführer R. hat einen Betrag von 21 000 Mark unterschlagen. Die Veruntreuungen hat er durch falsche Buchungen jahrelang verdecken können. R. wurde fristlos entlassen. Die Staatsanwaltschaft hat gegen ihn ein Verfahren wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung eröffnet.

Weil sie mordverdächtig ist

Hirschberg, 26. Februar.

Die seit längerer Zeit unter Mordverdacht stehende Frau Anna Altmann verübte einen Selbstmordversuch durch Einnehmen mehrerer Tabletten. Bei Frau Altmann waren im Zeitraum einiger Jahre vier Männer gestorben. Die Leiche des zuletzt bei ihr verstorbenen Kriegsinvaliden Hielscher ist vor kurzem auf Anordnung der Staatsanwaltschaft ausgegraben worden. Ein Ergebnis der Untersuchung liegt noch nicht vor.

Schlesischer Arbeiter-Sport

Sport des Sonntags

Handball

Es war vorauszusehen, daß bei diesem hohen Schnee die Handballer zum größten Teil ihre Spiele absagen würden. Nur die ganz Mutigen spielten. Die Berichte melden im einzelnen:

6. Abteilung I — 7. Abteilung I 3:2 (0:1). Im Südpark traten zwei alte Rivalen aufeinander, welche trotz des hohen Schnees den Handballfreunden ein flottes und spannendes Spiel vorführten. Mit dem Anstoß der 7. Abteilung wurde der Ball sofort vor das Tor der 6. Abteilung gebracht und schon mußte der Torwart das erste Mal eingreifen. 15 Minuten wurde hin und her gespielt, ehe es der 7. Abteilung gelang, zum ersten Tor zu kommen. Nach diesem Tor setzt die 6. Abteilung zu einem Zwischenspurt an, wobei sie das Pech haben, entweder genau den Pfosten zu treffen oder gerade dorthin zu schießen, wo der Torwart steht. Diese Drangperiode wurde durch den Halbzeitpfiff des Schiris unterbrochen. Nach Beginn der zweiten Halbzeit nutzte der Mittelstürmer der 7. Abteilung geschickt einen Deckungsfehler der Verteidigung der 6. Abteilung aus und schon führen dieselben mit 2:0. Diese 2:0-Führung der 7. Abteilung war der 6. Abteilung doch zu viel. Durch ein paar schöne Kombinationszüge gelang es ihnen auszugleichen. Die Paar Minuten vor Schluß wurde hart gekämpft. Tempo war die Parole! Kurz vor dem Schlußpfiff gelang es der 6. Abteilung, durch einen Freistoß das siegbringende Tor zu schießen.

Südost I — 8. Abteilung I 4:2 (1:2). In Kleinburg konnte Südost wieder mal über die 8. Abteilung triumphieren. Bis Halbzeit konnte die 8. Abteilung die Führung behaupten. Nach dem Wechsel verschärfte Südost das Tempo, konnte ausgleichen und anschließend durch zwei weitere Tore den Sieg sicherstellen.

Stabelwitz I — Deutsch-Lissa I. 7:2 (1:0). Stabelwitzer Zuschauer bekamen ein flottes Spiel zu sehen. In den ersten 30 Minuten und auch kurz nach Halbzeit sah es aus, als ob sich Deutsch-Lissa viel vorgenommen hat. Es dauerte lange, ehe Stabelwitz die 1:0-Führung Lissas ausgleichen konnte und durch zwei Tore die Führung an sich zu bringen. Nochmals gelang Lissa der Gleichstand. Es war auch ihr Letztes. Das Tempo, welches Stabelwitz jetzt vorlegte, konnte Lissa nicht mehr durchhalten. Deshalb war es den Stabelwitzern vergönnt, die Torzahl auf 7 zu erhöhen und dadurch den Sieg an sich zu bringen.

Fußball

Auch Stern konnte den Kreismeister nicht besiegen.

Trotz der schlechten Platzbeschaffenheit wurden restlos die Spiele ausgetragen. Im einzelnen wird berichtet:

Falke I — Stern I 10:2. Auch Stern ist nicht imstande gewesen, den anhaltenden Siegeszug des Kreismeisters zu unterbrechen. Es wird den Zuschauern empfohlen, bei Spielen mehr Ruhe zu bewahren.

Rosenthal I — Cawallen I 4:1. Rosenthal wird ein ganz beachtlicher Gegner für die kommende Serie.

Tasmania — Fr. Sportfreunde 2:2. Beide Mannschaften zeigten ein ruhiges, flottes Spiel. Konnte Sportfreunde bis zur Pause die 1:0-Führung halten, so mußten sie sich am Schluß mit einem 2:2 begnügen.

Herrnprotsch — Südost I 5:10. Herrnprotsch ist sehr ... [illegible]

VfL Marzdorf I — Adler I 11:1. Adler hat sich den Gegner ... [illegible]

1928 — 1924 3:2. Zwei ebenbürtige Mannschaften lieferten ein Gelegenheit ein wechselndes Spiel. 1928 war am Schluß der Glücklichere.

Union — Wacker 6:5. Ein fortes Treffen war ... Spiel.

Sparta — Herold 1:5. Wenn Sparta nicht bald dazu übergeht, innerhalb der Mannschaft eine Umstellung vorzunehmen, dann werden sie am Schluß der Tabelle landen.

Diana — Peiskerwitz. Peiskerwitz mußte eine 2:0-Niederlage mit nach Hause nehmen.

Sturm — FSB I 6:6. Sturm unterschätzte den Gegner und mußte bis zur Pause eine 4:2-Führung von FSB anerkennen. Nach der Pause drückt im Endspurt Sturm und konnten am Schluß ein Unentschieden herstellen.

West — Askania 0:6. West ist scheinbar im Winterschlaf. Selbst gegen Mannschaften aus der zweiten Klasse ist ein Sieg unmöglich.

Herta — Rapid 6:4. Beinahe gab es wieder eine Ueberraschung. Erst in den letzten Minuten konnte Herta für sich den Sieg entscheiden.

Pfeil I — Alemannia I 7:2. Die Formverbesserung von Alemannia hat nicht lange angehalten. Es war wohl eine Niederlage zu erwarten, aber nicht in dieser Höhe.

Ohlau I — 1921 I 7:1. Ohlau ist auf eigenem Platze sehr schwer zu schlagen. Das mußte auch 1921 mit 7:1 erkennen.

Freiheit-Schmolz — VfR 3:1. Die Gäste VfR konnten bis zur Pause ein Unentschieden halten. Erst kurz vor Schluß kam die bessere Spielweise von Schmolz zum Vorschein.

Rotweiß — Einheit 6:4. Trotzdem Einheit bis zur Pause zweimal führte, waren sie am Schluß doch der Unglücklichere.

VfL I — Hundsfeld I 4:3. Die Umstellung von VfL hat sich scheinbar bewährt. Es wurde ein schußfreudiges Spiel beider Mannschaften gezeigt.

Koberwitz — Domslau 5:1. Nach flottem Spiel gelingt es Koberwitz bis zur Pause eine 2:0-Führung sicher zu stellen. In der zweiten Spielhälfte brach Domslau völlig zusammen. Nur der guten Torwächterleistung war es zu verdanken, daß eine höhere Niederlage verhindert wurde.

II. Mannschaften. Pfeil II — Alemannia II 4:0. — Ohlau II — 1921 II 9:1 — Freiheit II — VfR II 6:2. — Rotweiß II — Einheit II 4:4. — VfL II — Hundsfeld II 11:3 — Herta II — Rapid II 2:5 — Sturm II — FSB II 4:3 — West II — Askania II 3:2. — VfL Marzdorf — Adler 3:4. — 1928 — 1924 3:4. — Sparta — Herold 7:2 — Diana — Peiskerwitz 1:2. — Herrnprotsch — Gr. Nädlitz 4:1. — Tasmania III — Freie Sportfreunde III 5:1. — Falke II — Stern II 3:6. Rosenthal II — Cawallen II

III. u. IV. Mannschaften. Herrnprotsch III — Südost III 1:13 — Falke — Stern 0:0. — Diana — Peiskerwitz 2:1 — Sturm — FSB 3:5. — VfL IV — Stern IV 1:8

Schülermannschaften VfL I Schül. — Stern I Schül. 2:1 — FSB I Schül. — Rosenthal I Schül. 1:4. — VfL Schül. II — Stern Schül. II 0:0 — Rosenthal II Schül. — PSB II. Schül. 1:1 — Falke I. Jug — Stern I. Jug. 0:1.

Kleine Sportnachrichten

Arbeiter-Sportkartell Breslau e. V. Eisbahn! Am Dienstag, 28. Februar, nachm., findet für unsere Kinderbesucher ein Kostümfest statt. Alle Kinder kommen noch einmal zu diesem fröhlichen Treiben auf unsere Eisbahn am Stadtgraben zwischen Graupen- und Schweidnitzer Straße. Am Ende Pfannkuchen-Prämiierung.

1. Bezirk, 14. Kreis. Der für den 12. März einberufene Bezirkstag fällt aus. Der neue Termin wird noch bekannt gegeben.

Freie Turnerschaft Breslau e. V. Die Meldungen der Schulentlassenen sind von den Abteilungen sofort an Hans Tiegel einzusenden. — Die Ausschreibungen zum Massenmehrkampf gehen allen Frauenabteilungen umgehend zu.

Freie Turnerschaft Breslau e. V. Achtung Frauen! Montag, 6. März, von 19.30—21.30 Uhr, gemeinsame Turnstunde der 2., 4., 5., 7. Frauen-Abteilung in der oberen Turnhalle, Liegnitzer Schule. Die Frauen dieser Abteilungen sind alle zur Stelle. Die älteren Genossinnen aus anderen Abteilungen sind willkommen.

4. Männer-Abteilung. Dienstag, 28. Februar, nach dem Turnen bei Kenter, Lewaldstr., Vorstandssitzung. Mittwoch, ... abrechnung Turnhalle oder Eisenhammer. Sonnabend 11. März, alles mit Freunden und Bekannten im Bergkeller.

Turn- u. Sportvereinigung „Frei Heil", Stabelwitz. Die Turnstunden für Schüler, Jugend und Männer werden wieder regelmäßig jeden Donnerstag abgehalten.

Athleten. Kreiskämpfe im Ringen werden bis nach den Wahlen verlegt.

Fußball, Diana, Steine. Freitag, 3. März, 20 Uhr, Vollversammlung im Vereinslokal. Erscheinen ist Pflicht.

Alemannia, Ransern. Freitag, 3. März, 20 Uhr, Vollversammlung bei Seidel.

Deutscher Arbeiter-Mandolinisten-Bund, Ortsgr. Breslau, Abt. I. Freunde der Volksmusik, Neuanfänger für Mandoline und Guitarre sowie auch Fortgeschrittene können sich Sonntag, 5. März, vormittag 10 Uhr, im Gymnasium zum hl. Geist, Augustaplatz, in der Aula melden.

Organisations-Nachrichten

Bezirk Mittelschlesien

Sekretariat Breslau, Gartenstraße 21, III
Telephon 567 63

Veranstaltungsgruppe der PKG.
Dienstag, 19.30 Uhr, bei Felgentreu.

Kartenausgabe für die Karl Marx-Gedenkfeier. Heute vor Beginn der erweiterten Parteivorstandssitzung, Gartenstraße 21.

Ortsgruppe Liegnitz. Mittwoch, 1. März, 20 Uhr, im Vereinslokal ..., Breslauer Str., Schutzbundversammlung. Alle Genossen müssen erscheinen.
SSB Liegnitz

Wochenplan der Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde
Breslau (SAK) vom 27. Februar bis 5. März.

Zentrale Mitteilungen.

Die Musikgruppe kommt jeden Sonnabend am bekannten Ort zusammen.

Helferarbeitsgemeinschaft. Freitag, 3. März: Das Kind ist entdeckt.

Parlamentssitzung. Sonnabend wie bekannt. Alle Vertreter müssen anwesend sein.

Abteilung 2, Scheitnig. Di Jufa, Heim; Mi Rofa, Heim; Do Nefa, Heim; Fr Nefa, Jufa, Rofa, Turnen.

Abteilung 4, Nikolaitor. Mo Rofa, politische Rundschau, Nefa I, Basteln; Di Jufa, Spielnachmittag, Nefa II, Gesellschaftsspiele; Mi Nefa I u. II, Heim; Do Jufa, Heim, Rofa, Basteln.

Abteilung 5, Gräbschen. Mo Rofa, Arbeitsgemeinschaft; Di Jufa I u. II, Basteln, Nefa I im Saal; Do Jufa I u. II u. Rofa im Heim; Fr. Nefa I, im Heim.

Abteilung 7, Innere Stadt. Mo 15 Uhr, Nefa, malen; Di 17 Uhr Jufa, Geselligkeit; Do 15 Uhr, Nefa, Spiele, Jufa u. Rofa, Büchertauschen, Nefa Lieder, Lesen, Rundschau; Fr 16 Uhr, Nefa u. Jufa, Turnen, 17.30 Uhr Rofa Turnen. Turnkleidung mitbringen.

Abteilung 9, Dürrgoy. Mo Nefa, Heim; Di Rofa u. Jufa, Basteln; Mi alle Falken Vollversammlung; Fr Jufa u. Rofa, Arbeitsgemeinschaft.

Breslauer Volksbühne, e. V.

Breslauer Volksbühne. In dem am Donnerstag, den 2. März im Mozartsaal, im Rahmen der Sonderveranstaltungen der Volksbühne stattfindenden Konzert wird das Kammer-Orchester unter Leitung von Werner-Joachim Dickow u. a. ein concerto grosso von Corelli und die „Kleine Nachtmusik" von W. A. Mozart und Max Auerbach das Klavier-Konzert d-moll von Sebastian Bach zum Vortrag bringen; Gerda Specht wird eine Cantate von Buxtehude und Lieder von Adam Krieger singen.

Eintrittskarten für Mitglieder zum Einheitspreis von 75 Pfg. in der Geschäftsstelle, Schweidnitzer Straße 8a, für Nichtmitglieder zum Preise von 1 Mk. und 1.25 Mk. auch bei Hainauer.

Geschäftliches

Auch Hänschen will schon ein Herr sein! Freilich! Und sogar aus eigenem Becher möchte er seine Schokolade und seinen Kakao trinken. So sind ihren kleinen Diplomaten, der natürlich schon übersehen hat, welche entzückenden Ueberraschungen der Osterhase in den Schaufenstern von Kaiser's Kaffeegeschäft aufgestellt hat. Aber die Mutter weiß noch mehr, sie hat nicht nur die ... mit Teller gesehen, sondern auch den Kinderbecher gedeck, die schöne gefüllte Porzellan-Bonbonschale, Semmel, hübsche Packung der Osterpralinen. Sie wird also nicht nur ihrem kleinen Hans die Freude machen, sondern auch eigene Wünsche erfüllen können. Sie hat die heutige Anzeige von Kaiser's Kaffeegeschäft natürlich gelesen, aber sie hätte auch so ihre treuen Helfer und stummen Freunde, Kaiser's braune Rabattmarken, nicht vergessen. Auf Kaiser's kann man sich eben verlassen, nicht nur auf die allzeit bewährte Qualitätsware, sondern auch auf die immer wiederkehrenden, immer gleich liebenswürdig erdachten, apart ausgestatteten Ueberraschungen.

Verantwortlich: Werner Thalheim Breslau. Inserate: Herbert Scholz Breslau; Verlag: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H., Breslau; Lohndruck Th. Schatzky A.-G., Breslau, Neue Graupenstraße 7.

Expedition: Breslau Gartenstraße 21 3 Treppen. Telephon 206 02

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt Breslau 5, Gartenstr. 21. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder auf das Konto „Sozialistische Arbeiter-Zeitung" bei der Städtischen Sparkasse Breslau Konto-Nr. 4:3366

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Redaktion: Breslau Gartenstr. 21. 3 Treppen. Telephon 206 02.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2.10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.

Karl Marx-Gedenkfeier

am Sonnabend, den 11. März, im großen Saal des Konzerthauses

Es läuft ein Großfilm aus dem Befreiungskampf des Proletariats

Es finden zwei Veranstaltungen statt, eine um 17 Uhr und eine um 20,15 Uhr

Die Eintrittspreise für die erste Veranstaltung betragen: 20, 30 und 40 Pfennig

für die zweite Veranstaltung: 25, 35 und 45 Pfennig

STADTTHEATER

Sonntag 20—22.4
(Ausnahme-Pr.
Der Zigeunerbaron

Dienstag, 19.30—22.45
Ausnahme-Pr
Die Blume v. Hawaii

Mittwoch 19.30 - gegen 2?
Carmen

LOBETHEATER

Täglich 20.15—22.4?
Prinz Friedrich von Homburg

GERHART-HAUPTMANN-THEATER

Täglich 20.15—22.15
Dienstag zum 2. Male
Donna Diana

KASSNER

der Zaubermeister, läßt einen lebenden Elefanten verschwinden
Vom 1. bis 31. März täglich 8[15] Uhr im Liebich
Dazu 7 lustige Varieté-Akte:

John Hamilton lustiges Riesen-Gemälde
Papi Ganzer heitere Typen — **Mory u. Gipsy** lustige Clownerien
Karl Edler mit seinem künstlich. Zwerg Bibi — **Ernst Petermann** der beliebte Humorist
Sidney u. Pon Pon amerik. Exz.-Tänze — **Revin u. Pimpel** Parodisten

Jeden Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag auch 4 Uhr, voll. Programm zu kleinen Preisen, 30 Pf. bis 1,50 Mk.
Jedes Kind erhält ein Geschenk!
Vorverkauf: Theaterkasse tägl. v. 10-2 Uhr, u. ab 6 Uhr, ferner bei Barasch, Wertheim, Hainauer u. Pringsheim

Bastlerquelle

Alles, was der Bastler braucht!
Spezialität: Sperrholz-Abschnitte, Leisten usw.
Auch für Bootsbau!
Nur Brüderstr. 81
Fernsprecher Nr. 57494
... **Fried.-Wilh.-Str. 62**

Besucht das „Proleton"
Arbeiter-Sport-Kartell

Was will die SAP?

Prinzipien-Erklärung
Aktionsprogramm
Mit einem Vorwort von Paul Frölich
brosch. 10 Pfg.
Erhältlich im Parteibüro, bei den Zeitungshändlern und Funktionären

Kauft nur bei unseren Inseranten!

Zunehmende Eis-Schwierigkeiten

in der osteuropäischen Seeschiffahrt

Riga, 26 Februar.

Die Schiffahrt mit Leningrad wird mit Hilfe von zwei starken Sowjeteisbrechern einstweilen noch mühsam im beschränkten Umfange aufrechterhalten. Zwischen den Küsten Nord-Estlands und Süd-Finnlands schreitet die Eisbildung inzwischen fort. Einzelne Feuerschiffe beider Staaten sind zurückgezogen worden, woraufhin der Schiffahrtsweg nach Helsingfors nicht mehr über Grohara, sondern über Porkala vor sich geht. Im Rigaschen Meerbusen sind die nördlichen Häfen geschlossen, während Riga mit Hilfe des seit Mitte Februar ununterbrochen zwischen der Dünamündung und dem kurischen Kap Domesnäs kreuzenden Hochsee-Eisbrechers nur noch schwer zugänglich ist. Bereits laufen einzelne nach Leningrad adressierte Dampfer Reval und nach Riga adressierte Schiffe Windau, weniger Liebau an. Die beiden letzterwähnten Häfen haben zunächst keine Eisschwierigkeiten zu verzeichnen. Der Sowjet-Transit nimmt zeitweise in Reval mehr zu als in Riga-Windau. — Darüber hinaus läßt die Rätewirtschaft nicht unbeträchtliche Holzmengen auf dem Eisenbahnwege direkt nach Memel rollen. Bei weiter zunehmendem Frost und widrigen Winden kann die Schiffahrt auf Leningrad, evtl. auch die auf Riga in Frage gestellt werden. Die Revaler Reede hat sich mit Eis bedeckt und die estländischen Eisbrecher halten sich abfahrtbereit, da aus dem östlichen Teil des finnischen Meerbusens eine sehr starke Eisbildung gemeldet wird. Der Hafen von Pernau ist zugefroren und auch der Moonsund hat eine feste Eisdecke.

Das Motiv einer Hitler-Rede

„... Gestern abend sprach der Führer in dem allein von den Amtsverwaltern des Gaues überfüllten Sportpalast, und seine ganze Rede durchzog wiederum dieses Motiv: Herr Gott, laß uns nicht feige sein."

(Aus dem „Angriff" vom 29. Januar über die nationalsozialistische Kundgebung im Berliner Sportpalast.)

Eisenbahnbau im Nordpolargebiet der UdSSR

Aus Moskau wird gemeldet: Die Vorarbeiten für den Bau einer Eisenbahnstrecke jenseits des nördlichen [illegible] dem Kohlenbecken am [illegible] in das nördliche Eismeer mündenden Petschora-Flusses bis zur Jugorschen Meerenge an der Eismeerküste — sind in vollem Gan[illegible] ... an der Petschora entdeckten Kohle[illegible] steht in ihrer Wärme[illegible] nicht hinter der Donezkohle [illegible].

Durch den Bau dieser Eisenbahn wird die Kohlenversorgung der Nordhäfen der UdSSR stark verbilligt werden.

Aber auch für die Erschließung der übrigen Bodenschätze jenseits des Polarkreises — Kupfer, Eisen usw. — ist diese Eisenbahn von großer Bedeutung. Die neue Eisenbahnstrecke wird rund 325 Kilometer lang sein und in drei Jahren vollendet werden.

„Von den Juden geschächtet"

Unglaubliche antisemitische Hetze

Der sozialdemokratischen Zeitung „Die Welt am Montag" entnehmen wir:

„In Dresden erhielten die Einwohner in den letzten Tagen durch die Post ein anonymes Wahlflugblatt zugestellt. Nach Mitteilung sächsischer Blätter hat das Flugblatt folgenden Wortlaut:

„Deutsche Frau, deutsches Mädchen!

Im März 1932 schächteten die jüdischen Reichsbanner- und SPD-Mitglieder Kurt Meyer jun. und Moritz Meyer sen. in Paderborn die 22jährige Deutsche Martha Kaspar, nachdem diese beiden Vampyre sie vordem gebraucht hatten. Das Blut der Martha Kaspar wurde zu jüdischen Ritualzwecken benutzt, die Eingeweide warf man Schweinen zum Fraße vor.

Ueber dieses Verbrechen herrschte im jüdischen und marxistischen Blätterwald eisiges Schweigen. Warum wohl??

Ein kleiner Vorgeschmack von der jüdischen Erfindung, genannt ‚Bolschewismus'. Nationale Frauenliga."

Das geschieht anonym in Sachsen.

In **Berlin** aber wird, wie wir der „C.V.-Zeitung" entnehmen, am Kurfürstendamm und in der Tauentzienstraße öffentlich eine Broschüre verbreitet:

„Die Forderung der Stunde: Juden raus!"

Auch in dieser Broschüre wird dem Märchen vom Ritualmord ein großes Kapitel gewidmet.

In dieser Schmähschrift heißt es zum Schluß:

„Stundenlang könnte man noch Fälle jüdischer Ritualmorde aufführen, wo arme, unschuldige kleine Kinder von Judenteufeln geschlachtet und gemein zu Tode gequält worden sind." Im Fettdruck wird hinzugefügt: **Mütter, sorgt dafür, daß die jüdische Gefahr für eure armen Kinder aus dem Lande kommt."**

Im Gegensatz zu der in Dresden verbreiteten Schmähschrift ist die in Berlin verteilte Broschüre nicht anonym. Als ihr Verfasser zeichnet Herr Dr. von Leers.

Wiederholt hat das Reichsgericht dahin erkannt, daß die Behauptung, es gäbe einen jüdischen Ritualmord, **unsinnig sei**. In der Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar wird periodischen Druckschriften das Verbot angekündigt, „wenn in ihnen eine Religionsgemeinschaft des öffentlichen Rechts, ihre Einrichtungen, Gebräuche und Gegenstände ihrer religiösen Verehrungen beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden". Obendrein hat auch der Herr Reichspräsident wiederholt erklärt, daß er jede Verächtlichmachung der jüdischen Religionsgemeinschaft auf das schärfste mißbillige.

Ritualmordmärchen werden immer dann aufgefrischt, wenn es gilt, das Volk von den tatsächlichen Vorgängen abzulenken. Ob es dem deutschen Ansehen dienlich ist, wieder dort anzuknüpfen, wo die Welt vor 500 Jahren stand (nämlich dem finstersten Mittelalter!), mögen diejenigen entscheiden, die für die öffentliche Verbreitung einer solchen Schrift verantwortlich sind."

Wir haben dem nichts hinzuzusetzen.

Warum schmeckt das Brot schlechter?

Das ist eine Frage, die durch den Irrsinn **kapitalistischer Wirtschaftsführung beantwortet** wird. Tatsächlich schmeckt in diesem Winter das Brot erheblich schlechter als sonst, dennoch hat der Weltmarkt und insbesondere auch die deutsche Landwirtschaft eine Rekordernte im Jahre 1932 zu verzeichnen. Von besonders reichem Ertrag war ebenfalls die Kartoffelernte. Infolge der Hungerlöhne und Unterstützungssätze seitens der breiten Masse, die sich nicht einmal mehr die nötigen Kartoffeln kaufen konnte, kam der Kartoffelabsatz erheblich ins Stocken, woran auch die gesteigerte Verwertung für die Schnapsherstellung nichts Wesentliches änderte. Das [illegible] Landwirtschaft hatte deshalb den geistvollen Einfall, mit seinem Erlaß vom 14. Oktober 1932 den **Beimischungszwang von Kartoffelmehl für die Brotherstellung** zu verfügen, und zwar in Höhe von 2½ Prozent.

Das ist der Grund, weshalb das Brot heute schlechter schmeckt!

Schon wenige Wochen nach der Geburtsstunde dieses Erlasses stellten sich bereits die ersten Proteste — nicht von der Verbraucherschaft, sondern von den Brotfabrikanten — ein, die mit stichhaltigem Material den Herrn Reichsernährungsminister bestürmten und besagten daß durch den Beimischungszwang sich die Brotherstellung **verteuere** und **verschlechtere** und sich außerdem **Schwierigkeiten in der Verarbeitung einstellten. Es ist selbstverständlich, daß das** Reichsministerium durch „Gutachten" ebenso schnell die „Haltlosigkeit" dieser Einwände zu beweisen bemüht war.

Mittlerweile ist jedoch der Sturm gegen diese wahnsinnige Ernährungswirtschaft nicht abgeflaut und hat im Gegenteil an Stärke zugenommen. Ein neues Gutachten eines neuen Sachverständigen stellt folgendes fest:

„Das Gebäck wird qualitativ ganz erheblich verschlechtert, besonders bei den **konsumwichtigen Mischbroten....**

„... **Der Geschmack leidet** in ganz auffälliger [illegible]

(Fachzeitschrift „Die Mühle".)

Nachdem weitere Mängel aufgezeigt werden, kommt das Gutachten zu dem Schluß:

„Derartige Verschlechterungen dürfen der breiten Masse der Bevölkerung, für die Brot die wichtigste Nahrung ist, auf keinen Fall zugemutet werden.

Eine Streckung von Brotmehlen mit Kartoffelmehl könnte höchstens in Zeiten schlechter Getreideernte gerechtfertigt sein. Wo Deutschland aber zur Zeit Ueberfluß an Brotgetreide hat — an sich also ein höchst erfreulicher Umstand — **muß eine solche Maßnahme als denkbar unsozial bezeichnet werden.**" ...

All das sagt aber nicht etwa einer von den „marxistisch verseuchten Novemberverbrechern", sondern der in nationaler Hinsicht einwandfrei dastehende Herr Dr. **Simons** aus Düsseldorf.

Höchst bemerkenswert ist noch, was der Direktor der Halleschen Landwirtschaftskammer anläßlich einer Konferenz am 27. und 28. Januar in Halle über den Beimischungszwang äußerte:

„Wenn das mit dem Kartoffelmehl so weitergeht, dann stippen wir eines Morgens die Kartoffeln in den Kaffee und das Schwein frißt die Brötchen."

Braucht man dem noch etwas hinzuzufügen?

di—

Aus aller Welt

Bergwerksunglück in USSR?

10 Tote

Longyear-City (Spitzbergen), 25. Februar.

Eine bürgerliche Presse-Agentur meldet:

In dem sowjetrussischen Kohlenbergwerk in Grumant-City hat sich am Mittwoch vormittag eine Explosion ereignet, bei der 10 Bergleute ums Leben kamen. Die Bergungsarbeiten waren erst am Donnerstag von Erfolg begleitet, als der Eisbrecher „Lenin" mit Gasmasken aus Barensburg auf Spitzbergen eintraf.

Drei Kinder ertrunken

Bamberg, 26. Februar.

WTB. Am Sonnabend nachmittag sind drei Kinder im Alter von 3–5 Jahren, die sich auf dem schwachen Eise des rechten Regnitzarmes vergnügten, eingebrochen und ertrunken. Aus Schneespuren auf dem Eise ergibt sich, daß die drei Kinder Hand in Hand gegen die Mitte des Flusses gelaufen sein müssen und plötzlich eingebrochen sind. Die Leichen von zwei Kindern konnten am Sonntag geborgen werden.

Polizei-Razzia

Berlin, 25. Februar.

CNB. In dem Lokal „Großer Seidel", einem berüchtigten Hehlernest im Zentrum der Stadt in der Nähe der Pfandkammer, wurde heute vormittag von der Polizei **eine Razzia im großen Stil unternommen. Etwa 50 Personen, die dort dicht gedrängt Ware ausfeilschten, die sämtlich aus Diebstählen stammte, wurden sofort nach Waffen untersucht und zum Polizeipräsidium gebracht, wo sie einem eingehenden Verhör unterzogen wurden. In dem ausgehobenen Lokal wurde eine Unmenge von Schmuckstücken, Goldsachen und Brillanten gefunden, die zum Teil hinter ein Klavier von den Hehlern geworfen worden waren, als die Beamten eindrangen. Unter den Sistierten befinden sich auch verschiedene Ausländer, die zur Prüfung ihrer Personalien der Fremdenpolizei übergeben wurden.**

Kraftwagenunglück

Ein Toter, 13 Verletzte

Plauen i. Vgtl., 27. Februar.

WTB. Ein mit Mitgliedern **des Arbeiterturnvereins „Eiche"** besetzter Lastkraftwagen geriet am Sonntag in einer Kurve ins Schleudern, raste in voller Fahrt auf den Bürgersteig und stürzte einen Abhang hinunter. Fünf der Insassen wurden [illegible] leicht verletzt. Im Krankenhaus ist ein Schwerverletzter **gestorben**.

Im Lande des Schreckens

Von MARIA LEITNER

Aus „Eine Frau reist durch die Welt"

Copyright by Agis-Verlag, Berlin-Wien 1932. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks, der Uebersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

7)

Monsieur Letellier verspricht, über den Fall **unbedingt nach Paris zu berichten. Das wäre ja wirklich ein Skandal.**

„Kennen wir ja, das Berichten und die Abhilfe, man macht uns nur Versprechungen und vergißt uns, sobald wir aus der Sehweite sind. Aber wenn Sie nach Paris berichten wollen, sagen Sie doch den Herren, sie sollen, wenn sie Französisch-Guayana unbedingt bevölkern wollen, alle großen Diebe, alle großen Betrüger, die großen Mörder herschicken und nicht die Kleinen, und sie brauchten sich nicht zu sorgen, daß es hier nicht genug voll wird. Aber nicht einmal diejenigen sind hier, die die großen Gehälter bekommen, um unser schönes Land vorwärts zu bringen, die erholen sich in Nizza und in Paris, die müssen ihre Gesundheit pflegen. In Guayana halten sich auch von der Regierung nur die kleinen armen Teufel auf, die keinen Einfluß und keine Verbindungen haben, denen sind wir ganz ausgeliefert, die rächen sich dann an uns."

„Ich verspreche Ihnen, wirklich nach Paris zu berichten", sagt Monsieur Letellier und gibt René eiligst die Hand.

Camp de Transportation, oder hier werden Sträflinge sortiert

Das Transportationslager befindet sich in einem langen rosa bemalten Gebäude.

In endlosen geordneten Reihen strömen jetzt die Gefangenen heraus, es ist nach ihrem Mittag und sie gehen wieder an die Arbeit.

Die Reihen sind umklammert von bewaffneten Aufsehern.

Jeder Gefangene zieht die Jacke hoch und zeigt den Aufsehern die meist tätowierte Brust.

Das ist die Kontro[illegible] Gefangenen nicht Waffen bei si[illegible] Sinn hat natürlich diese Kontrolle nicht, denn die Gefangenen, die die Art der Kontrolle kennen, werden die Waffen nicht gerade an der Brust verstecken. Auf einen Sinn kommt es aber gar nicht an, nur auf die Verordnung.

Aber diese Kontrolle hat eine Industrie in Saint-Laurent in Aufschwung gebracht, nämlich die der Tätowierung. Die Gefangenen lassen sich besondere Schimpfworte und Bilder auf die Brust einätzen, um die Wärter zu ärgern.

Ein Gefangener hat sich eine rote Fahne tätowieren lassen, darunter die Aufschrift „Quant-même" („Trotz alledem"). Wegen seiner außerordentlichen Blässe wirkt seine Tätowierung auffallender.

„Sind Sie schon lange Gefangener?"

„Ich war immer ein Gefangener, schon in meiner Kindheit. Wenn ich müde aus der Schule nach Hause kam, mußte ich noch arbeiten gehen. Dann kam der Krieg, ich war ein Gefangener. In der Kaserne, im Schützengraben. Ich dachte, schlimmer kann es nicht mehr kommen. Als der Krieg zu Ende war, war er noch lange nicht für uns beendet, wir waren ja jung, man brauchte unsere Kraft, ich kam nach Marokko. Ich war ein Gefangener. In der Wüste mußten wir marschieren, tagelang, nächtelang. Wir hatten kaum zu essen, kaum zu trinken, aber wir mußten weiter, wir mußten Araber bekämpfen, warum, das wußten wir nicht, wir waren Gefangene. Ich dachte, schlimmer kann es nicht mehr werden. Ich warf meine Waffen hin, ich wollte nicht weiter. Jetzt bin ich hier, ein Gefangener. Schlimmer kann es jetzt nicht mehr werden."

Das Transportationslager besteht aus einem Komplex von Gebäuden. Es gibt Gefängnisse für feststationierte und Gefängnisse für durchreisende Sträflinge, denn hier werden die Gefangenen sortiert. Die Diebe kommen nach Saint-Jean, die Mörder nach der Insel Royal, die Raubmörder haben ein Lager auf Saint-Joseph, Militärpersonen, die Verbrechen begingen, haben ihr Hauptquartier in Saint-Laurent, die Spione aber sind noch heute auf der Teufelsinsel.

Die „militärischen Vergehen", das sind keineswegs immer Mord, Totschlag oder Diebstahl, im Gegenteil, sehr oft wirklich nur Vergehen, die beim Militär als solche angesehen werden, also einfache Disziplinlosigkeit, Desertation, oder „Verrat".

„Es gibt also doch politische Gefangene in Französisch-Guayana", sage ich dem Beamten, der mir die Feinheiten der Gefangenenverteilung erklärt.

„Politische gibt es nicht", sagt der Beamte entschieden und aufgebracht, „Militärisches hat nichts mit Politik zu tun. Der französische Feldzug in Marokko, in welchem Zusammenhang soll der mit Politik stehen? Seine Drückeberger sind hier besonders stark vertreten, Drückeberger müssen eben bestraft werden, nur ist das nichts Politisches, das ist doch klar."

Die Sonne wirft sich mit solcher Kraft auf das Transportlager, daß jeder Schritt eine Qual wird.

„Ach ja, die Hitze", sagt der Beamte, „Jahr und Tag ist hier immer die gleiche und doch kann man sich nie an sie gewöhnen, im Gegenteil, je länger man hier ist, um so schrecklicher empfindet man sie."

Der Beamte zählt die Lebensmittelrationen der Sträflinge auf. Sie hören sich gar nicht so niedrig an, achtzig Gramm Fleisch täglich, mehr hat sicher auch ein deutscher Arbeiter nicht. Die Gefangenen bestätigen die Angaben, sie fügen aber auch hinzu: das, was wir bekommen, ist ungenießbar. Das Fleisch ist kein Fleisch, sondern verfaulte Knochen oder Sehnen, das Brot ist eine klebrige Masse, der Reis, wenn wir überhaupt welchen bekommen, madig.

Die Lebensmittel und die Küchen werden den Fremden nicht gezeigt, aber das Aussehen der Gefangenen spricht für die Wahrheit der Klagen.

Die Schlafsäle, das geben sogar die eifrigsten Anhänger des guayanesischen Systems zu, lassen viel zu wünschen übrig. Ein schmutziger, luftloser Raum mit Pritschen, hier schlafen sechzig, siebzig Menschen. Der Raum wird nachts vollkommen verschlossen, aus Sicherheitsgründen. Die sechzig, siebzig Männer, die hier wie die Tiere zusammengepfercht werden, sind alle krank, viele fiebern. Die Moskitos finden auch in die verschlossensten Räume den Weg. Moskitonetze, ob es die gibt? Die Frage klingt wie ein Witz. Im Hospital von Cayenne müssen sogar die Schwerkranken (Zivile, nicht die Sträflinge) eine besondere Eingabe machen, wenn sie ein Moskitonetz haben wollen.

Es gibt keine Krankheit, an der die Gefangenen nicht leiden, aber nur die Leprakranken werden abgesondert. Würde man jeden Kranken ins Hospital tun, müßte es überhaupt nur Hospitäler geben. Man wartet also ab, bis ein Kranker schon dicht vor dem Tode steht und bringt ihn dann ins Hospital. Manchmal freilich stirbt er auch früher. Die Gefangenen freuen sich auch nicht, wenn ein Arzt sie ins Krankenhaus schickt. Sie wissen, das bedeutet baldigen Tod. Medikamente sind Kostbarkeiten, die nur in den seltensten Fällen verabreicht werden. Auch die schwersten Malariakranken bekommen kein Chinin.

Gerade trinken im Gefängnishof die Gefangenen Wasser (auch Wasser ist eine Kostbarkeit), sie trinken, ein Dutzend Menschen, aus einem Gefäß. Unhygienisch? Wenn es Schlimmeres nicht gäbe als das. Die sind ja doch schon alle krank, so können sie sich nicht mehr gegenseitig anstecken.

Hygiene? Die findet man in den amerikanischen Tropen auch in besseren Hotels nicht immer, also wäre es ein bißchen zuviel verlangt, sie gerade in den Gefängnissen Guayanas zu erwarten. Es ist merkwürdig, gerade in den Tropen, wo nur größte Reinlichkeit Gesundheit ermöglicht, lebt man, was sanitäre Anlagen betrifft, im Mittelalter.

Ich will in den nächsten Gefängnishof einbiegen, aber ich werde aufgehalten von bewaffneten Aufsehern. Streng verbotener Durchgang, kein Fremder darf hier herein. Was gibt es hier zu sehen? Ja, da ist eine Guillotine, eine Guillotine, um so zum Angstmachen? O nein, es ist eine ganz ernsthafte Guillotine, die morgen in Aktion treten wird. Ein Gefangener wird geköpft, er hat seinen Freund erschlagen im Streit. Vor zwei Wochen wurde ein Chinese geköpft. Seine Strafgenossen hänselten ihn immer, nannten ihn den gelben Teufel. Er begann eine Keilerei, die mit dem Tode eines Gefangenen endigte.

„Kommt ähnliches oft vor?

(Fortsetzung folgt.)

Rapider Sturz der Produktion

besonders im Januar 1933

Das offiziöse Wolff-Telegraphenbüro veröffentlicht die „Ergebnisse der Industrieberichterstattung“ über die Zahl der Beschäftigten, der durchschnittlich pro Tag geleisteten Arbeitsstunden im Jahre 1932 und Januar 1933.

Daraus geht hervor, daß die von der Kapitalspresse mit großem Triumph gepriesene „ansteigende Belebung der Wirtschaft“ in den letzten Monaten des Jahres 1932 einem jähen Sturz im Januar d. J. Platz gemacht hat. Die entsprechenden Ziffern lauten:

Im Verhältnis zur Beschäftigungsmöglichkeit (Kapazität) wurden in Prozenten beschäftigt in der Gesamtindustrie: Dezember 1931 44,7 Prozent, Januar 1932 41,6 Prozent, Dezember 1932 gleich 12,1 Prozent und Januar 1933 10,2 Prozent. Am tiefsten ist der Stand in der Bauwirtschaft, wo die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 18,8 Prozent im Dezember 1932 auf 13,6 Prozent sank.

Auch die Zahl der durchschnittlichen täglichen Arbeitszeit pro Arbeiter ist wieder gesunken. Sie fiel in der Gesamtindustrie von 6,93 im Dezember 1932 auf 6,73 Stunden pro Tag im Januar 1933.

Es sind in der „Industrieberichterstattung“ die verschiedenen Industriezweige einzeln, ebenso die entsprechenden Zahlen für die Angestellten besonders aufgeführt. Bei allen Kategorien ist die Tendenz die gleiche, ein rapider Sturz der gesamten Produktion im Januar 1933. Nach allen Meldungen muß für Februar mit einem weiteren, gewaltigen Produktionsrückgang gerechnet werden.

Mit dem „Silberstreifen“ ist es also endgültig aus. Die kapitalistische Wirtschaft in Deutschland und in der ganzen Welt befindet sich in einem unaufhaltsamen Zerfall. Alle kapitalistischen Versuche, auch die der faschistischen Regierung, werden das rasende Tempo dieses Zusammenbruches nicht aufhalten. Es gibt eben keinen anderen Ausweg für das Proletariat und für die ganze arbeitende Bevölkerung, einschließlich der Millionen Mittelständler und Bauern, als die sozialistische Wirtschaft unter politischer Herrschaft des Proletariats.

Der „Erfolg“ deutscher Außenhandelspolitik

R. H. Im Jahre 1932 war die Gesamteinfuhr mit 4,7 Milliarden Mark um 2,0 Milliarden oder 30,5 Prozent niedriger als 1931. Die Gesamtausfuhr sank dagegen um 3,9 Milliarden auf 5,7, das heißt um 40 Prozent. Daß dabei der Ausfuhrüberschuß von 2,9 Milliarden auf 1,1, also um 1,8 oder mehr als 60 Prozent gesunken ist, ist nur darauf zurückzuführen, daß der Durchschnittspreis für die Gesamteinfuhr um 24 Prozent, der für die Gesamtausfuhr um 14 Prozent gesunken ist. Wären die Preise stabil geblieben, dann wäre der Ausfuhrüberschuß auf 0,25 Milliarde gesunken, denn mengenmäßig ist die Einfuhr nur um 8,5 Prozent, die Ausfuhr dagegen um 30 Prozent zurückgegangen.

Noch ungünstiger stellt sich der Erfolg der deutschen Handelspolitik dar, wenn man die von den Zöllen und Kontingenten hauptsächlich betroffene Lebensmitteleinfuhr der Fertigwarenausfuhr gegenüberstellt, die ja unter den Folgen der Einfuhrdrosselung besonders zu leiden hat. Wären die Mengen der eingeführten Lebensmittel und die der ausgeführten Fertigwaren gleich geblieben, dann hätte die deutsche Außenhandelsbilanz, denn von 1931 bis 1932 sind die Preise für Lebensmittel um 25 Prozent, die für Fertigwaren (unsere Hauptausfuhrrubrik) nur um 12 Prozent zurückgegangen. In Wirklichkeit war aber die

	Milliard. RM	Veränderung in Prozent wertmäßig	mengenmäßig
Lebensmitteleinfuhr	— 0,5	— 24 %	+ ½ %
Fertigwarenausfuhr	— 2,9	— 39 %	— 31 %

Es hat also in diesem Jahre des schärfsten Agrarprotektionismus die Menge der eingeführten Lebensmittel nicht abgenommen, sogar sich um ein halbes Prozent vermehrt, die Menge der Fertigwarenausfuhr ist dagegen um fast den dritten Teil gesunken!

Der Verlust an Arbeitskraft, der allein dadurch entstanden ist, läßt sich ziemlich genau abschätzen. Nach Angaben des IfK ging 1931 13 Prozent der deutschen Arbeitskraft direkt oder indirekt in den Export; die Statistiken der Krankenkassen sprachen von einem ganz runden Durchschnitt von 15 Millionen versicherungspflichtigen, also proletarischen Arbeitnehmern (einschließlich der proletarisierten Angestellten). Demnach wäre eine Arbeitsleistung entsprechend der von fast 2 Millionen Arbeitnehmern für den Export aufgewendet worden, und zwar so gut wie vollständig für den Export von industriellen Fertig- und Halbfertigwaren. Der Rückgang an Industrieexport, der von 1931 bis 1932 mengenmäßig reichlich 30 Prozent ausmacht, bedeutet also zusätzliche Arbeitslosigkeit von fast 600 000 Arbeitnehmern innerhalb eines einzigen Jahres!

*

Im Januar 1933 hat sich die Außenhandelsbilanz wieder wesentlich verschlechtert. Der Ausfuhrüberschuß beträgt nur noch 23 Millionen, gegenüber 68 Millionen im Dezember 1932 und 89 Millionen im Monatsdurchschnitt 1932. Die Lebensmitteleinfuhr ist vom Dezember 1932 bis Januar 1933 um 26 Millionen, rund 20 Prozent, die Fertigwarenausfuhr um 88 Millionen, rund 23 Prozent, gesunken. Mengenmäßig ist das Verhältnis noch ungünstiger. Im ganzen ist gesunken:

	wertmäßig	mengenmäßig
Gesamteinfuhr	13 %	10 %
Gesamtausfuhr	20 %	20 %

in Arbeitsleistung umgerechnet bedeutet der erneute Exportverlust abermals 300 000 Arbeitslose mehr. Demgegenüber bedeutet die Verringerung der Einfuhr nicht 150 000 Arbeitslose weniger, sondern ebensoviel ausländische Arbeitslose mehr.

Die offiziellen Wirtschaftspolitiker nehmen keine Rücksicht darauf, daß nur 27 Prozent vom Wert der deutschen Einfuhr Lebensmittel sind (Jahresdurchschnitt 1932: rund 30 Prozent), mehr als die Hälfte dagegen unentbehrliche Rohstoffe, und, daß andererseits der Wert der Lebensmitteleinfuhr nur den dritten Teil vom Wert der Fertigwarenausfuhr macht, und einen noch geringeren Prozentsatz, wenn man den Export industrieller Halbfertigwaren dazurechnet. So entspricht dem Rückgang von 26 Millionen in der Lebensmitteleinfuhr gleich das dreieinhalbfache im Rückgang der Fertigwarenausfuhr.

Gewiß ist das katastrophale Ergebnis unseres Außenhandels zum größeren Teil auf das Konto der kapitalistischen Weltkrise zu schreiben; auch in den übrigen Wirtschaftsmächten verringert sich die Ausfuhr. Aber während sich die Außenhandelsbilanzen unserer Hauptabnehmer verbessern, verschlechtert sich die Deutschlands auch prozentual, während die Preisbewegung ihr eigentlich noch günstig ist. Und das ist aufs Konto der deutschen Agrarpolitik zu setzen.

Betriebsfunktionäre der SAP

Dienstag, den 28., 19.30 Uhr, bei Hoffmann, Pöpelwitzstr., sehr wichtige Versammlung aller SAP-Genossen, die irgendwie eine Funktion in dem Betriebe innehaben.

Eintritt nur gegen Vorweisung des Parteibuches.

Der Kommissar für Arbeitsdienstpflicht

Berlin, 25. Februar.

CNB. Wie wir erfahren, wird die nächste Sitzung des Reichskabinetts Anfang nächster Woche stattfinden und zwar wahrscheinlich am Dienstag. Die nächsten Kabinettsberatungen gelten vor allem der personellen Regelung des Reichskommissariats für den Arbeitsdienst. Wie wir bereits berichteten, wird voraussichtlich Reichsarbeitsminister Seldte selbst zum Reichskommissar ernannt werden und als seine Vertreter sind Oberst Hierl (NSDAP) und der Stahlhelmlandesführer Mahnke in Aussicht genommen.

Die Wahrheit ist gefährlich

Berlin, 25. Februar.

Die Broschüre des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Kurt Heinig über den Osthilfe-Skandal ist für das Gebiet des Freistaates Preußen verboten worden.

Protest-Streik in Ostoberschlesien?

Kattowitz, 26. Februar.

CNB. Nach einer bereits am Sonnabend stattgefundenen Vorbesprechung, in der eine Entschließung gegen die von den Unternehmern beabsichtigte Herabsetzung der Bergarbeiterlöhne in Vorschlag gebracht wurde, fand am Sonntag in Kattowitz ein Kongreß des Zentral-Bergarbeiterverbandes, der Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiter und des regierungsfreundlichen Bergarbeiterverbandes unter Teilnahme sämtlicher Betriebsräte der ostoberschlesischen Gruben statt. In der Diskussion sprachen sich alle Vertreter der Betriebsräte für einen zweitägigen Proteststreik aus; man war sich aber über den Termin nicht einig.

Es wurde eine gemeinsame Entschließung gefaßt, die von den anwesenden Betriebsräten genehmigt wurde. In dieser Entschließung wird erklärt, einen zweitägigen Proteststreik gegen die von den Arbeitgebern beabsichtigte Herabsetzung der Bergarbeiterlöhne zu proklamieren. Der genaue Termin wird nach vorheriger gemeinsamer Verständigung festgesetzt werden. Falls auf Grund dieses Proteststreiks die Unternehmer ihre Forderung auf Herabsetzung der Löhne nicht fallen ließen, solle ein allgemeiner Streik auf unbestimmte Dauer proklamiert werden. Außerdem wird eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 36 Wochenstunden gefordert, sowie die Beseitigung der Forderung der Unternehmer, den Tarifurlaub um die Hälfte zu kürzen.

Polnische Rachejustiz

Rybnik, 25. Februar.

CNB. Wegen kommunistischer Umtriebe hatten sich vier Angeklagte vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Obwohl sie sämtlich leugneten, wurden sie nach längerer Beratung zu je drei, bzw. je einem Jahr Gefängnis verurteilt, da sie auf Grund der Beweisaufnahme für überführt betrachtet wurden. Drei der Angeklagten wurden außerdem die bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre aberkannt.

Bei der Beweisaufnahme war es zu einem ungewöhnlichen Zwischenfall gekommen. Ein stark unter dem Verdacht der Mittäterschaft stehender Zeuge namens Plonck gebrauchte mehrmals beim Nachsprechen der Eidesformel die Worte: „Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Nichtswissenden . . .“ Der Vorsitzende mußte den Zeugen mehrmals auf die Folgen seines Verhaltens aufmerksam machen, ehe er dann die richtigen Worte gebrauchte. Da er sich im Laufe der Zeugenvernehmung in Widersprüche verwickelte, wurde er schließlich auf Anträge des Staatsanwaltes wegen Gotteslästerung, Ungebührlichkeit vor Gericht und Meineidsverdacht verhaftet.

Wirtschaftsmaßnahmen der Balkanstaaten

Die politischen Zuspitzungen zwischen der Tschechoslowakei - Rumänien - Jugoslawien (Frankreich) auf der einen und Italien - Ungarn - Oesterreich - (Deutschland) auf der anderen Seite, haben spürbare unmittelbare Auswirkungen auch auf wirtschaftspolitischem Gebiet.

So hat die ungarische Regierung zum 31. März d. J. den bisherigen Handelsvertrag mit Rumänien gekündigt. Andererseits hat sich Frankreich gegenüber rumänischen Schuldenstundungsanträgen sehr entgegenkommend verhalten. Auf einer Konferenz der rumänischen Gläubiger in Paris wurde beschlossen, daß alle zwischen dem 1. Januar 1933 und dem 31. März 1935 - bzw. bei Nichtverringerung der rumänischen Finanzschwierigkeiten, dem 31. März 1936 — fälligen rumänischen Tilgungszahlungen eingestellt werden. Das bedeutet einschließlich der Rumänien von seinen Gläubigern bereits gestundeten Kriegsschulden eine Entlastung des Staatsbudgets um über zwei Milliarden Lei.

Aus der Partei

Für die Einheit und Geschlossenheit der Partei!

Die Unterbezirks-Leitung Oberschlesien der SAP nimmt mit Empörung davon Kenntnis, daß führende Funktionäre der Partei liquidatorische Absichten verfolgen. Sie wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen derartige Bestrebungen und stellt fest, daß die Aufgaben der SAP im gegenwärtigen Moment größer sind als je zuvor.

Sie ruft ihre Mitglieder auf, für die Einheit und Geschlossenheit der Partei einzutreten, und sie fordert den Ausschluß aller feigen Liquidatoren aus der Partei ohne Rücksicht auf ihre bisherige Funktion. Unser Kampf geht weiter bis zum Sieg!

Wie wird der Betriebsobmann gewählt?

In kleinen Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten kann bekanntlich kein Betriebsrat gewählt werden. Dort ist die Wahl eines Betriebsobmannes vorzunehmen, der bis zu einem gewissen Grade auch die Rechte des Betriebsrates genießt. Die Wahl ist aber nur dann möglich, wenn unter den Arbeitnehmern mindestens 5 Wahlberechtigte, von denen drei wählbar zu sein haben, vorhanden sind.

Wahlberechtigt sind alle mindestens 18 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer, die im Betriebe beschäftigt und nicht im Besitz [illegible] sind. Sind also in einem Betrieb unter 20 Arbeitnehmern hiervon 5 über 18 Jahre alt, dann kann ein Betriebsobmann gewählt werden, wobei allerdings das Folgende noch zu beachten ist.

Wählbar ist, wer am Tage der Wahl mindestens 24 Jahre alt, deutscher Reichsangehöriger, mindestens 6 Monate im Betrieb beschäftigt ist und dem Berufe oder Gewerbe mindestens drei Jahre angehört.

Ein Betriebsobmann kann demnach nur gewählt werden, wenn neben den oben genannten Voraussetzungen auch mindestens drei wählbare Arbeitnehmer vorhanden sind. Zu bemerken ist noch: Sind im Betrieb nicht genügend Arbeitnehmer vorhanden, die wählbar sind, so kann allgemein von dem Erfordernis der sechsmonatigen Betriebszugehörigkeit, notfalls auch von dem der dreijährigen Gewerbe- oder Berufszugehörigkeit abgesehen werden.

Der Obmann wird unter der Leitung des ältesten, das heißt an Dienstjahren ältesten Arbeitnehmers des Betriebes, den der Unternehmer zu bestellen hat, die Belegschaft muß natürlich diesen [illegible] als Wahlleiter gewählt. Besteht bereits ein Betriebsobmann, so hat dieser spätestens eine Woche vor Ablauf seiner Wahlzeit einen wahlberechtigten Wahlleiter zu ernennen. In der Bestellung des Wahlleiters hat der Obmann freie Hand.

Die Wahl erfolgt so: Der Wahlleiter besorgt sich eine Wählerliste, in der der Name und die Adresse des Wahlberechtigten eingetragen ist, beruft eine Betriebsversammlung an und läßt sich dort Vorschläge für einen Betriebsobmann machen. Von den Vorgeschlagenen wird nun mittels Stimmzettels in geheimer Wahl (der Stimmzettel ist in einen Umschlag zu tun) der Obmann und der Stellvertreter gewählt. Derjenige ist Obmann, der die meisten Stimmen erhält, wer die zweitmeisten erhält, ist Stellvertreter. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Sind mindestens fünf wahlberechtigte Arbeiter und Angestellte beschäftigt, so kann grundsätzlich nur ein gemeinsamer Obmann gewählt werden. Ist aber eine Einigung der Mehrheit der beiden Gruppen nicht zu erzielen, so wählt jede Gruppe einen Obmann. Für jede Gruppe ist dann ein Gruppenwahlleiter zu bestellen, da in diesem Falle ge- [illegible]

1 Jahr Gefängnis für Brolat

WTB. [illegible] kündete das Schöffengericht [illegible] Verhandlung [illegible] in dem Meineidsprozeß [illegible] Landgericht Direktor der Berliner Verkehrs- [illegible] Fritz Brolat folgendes Urteil:

„Der Angeklagte wird wegen Meineides zu einem Jahr Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft verurteilt. Zugleich werden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zwei Jahren aberkannt. Die Kosten des Verfahrens trägt der Angeklagte. Die Untersuchungshaft wird aufrechterhalten, da Fluchtverdacht fortbesteht.“

Einem Bürgermeister die Polizeigewalt entzogen

Weimar, 26. Februar.

WTB. Das Thüringische Innenministerium hat dem Bürgermeister Thoma in Langenberg bei Gera die polizeilichen Geschäfte entzogen, da er nicht die Gewähr dafür biete, daß die polizeilichen Angelegenheiten ordnungsgemäß und unparteiisch durch ihn erledigt würden.

Deutsche, eßt deutschen Käse!

Die neueste Notverordnung vom 23. Februar „schafft die Voraussetzung für die Durchführung verstärkter Pflege des Getreidemarktes“ (lies Preissteigerung), ferner „Bestimmungen zur Förderung der Verwendung von inländischem Käse und Vorschriften zur Regelung (lies Einschränkung) der Hopfenanbaufläche“.

Alles Maßnahmen, die keinen anderen Zweck und keine andere Wirkung haben, als Hochtreiben der Preise — bezahlen aber müssen es die breiten Volksmassen. Aber welcher Teutsche wird seinen teutschen Käse nicht gerne teurer bezahlen!

Das „unsittliche“ Kostümfest

Berlin, 27. Februar.

Hurra! Es lebe die Sitte! In der Nacht zum Sonntag wurde — so vermeldet die Polizei — das im Hause des Kunstgewerbemuseums stattfindende sogenannte Dachkahn-Fest polizeilich aufgelöst. Beamte des Außendienstes der Theaterpolizei überwachten in einem Riesenaufgebot den Trubel. Hierbei hätten sie festgestellt, „daß in den Atelierräumen ein jedem Begriff von Anstand und Sitte geradezu hohnsprechendes Treiben herrsche“. Der anwesende Kriminalkommissar ließ die Fest-Räume unter Anwendung von Zwang räumen.